

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 37. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

Sitzungsdatum: 16. Oktober 2019
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 22.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Florian Spiegel, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Philippe Hofmann (entschuldigt)
Roman Klauser (entschuldigt)
Christoph Morat
Thomas Pfaff
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Philippe Adam, Rolf Adam, René Amstutz, Andres Bärtsch, Mehmet Can,
Markus Gruber, Matthias Häuptli, Roman Hintermeister, René Imhof,
Astrid Kaiser, Cetin Keles, Ueli Keller, Christian Kellermann, Patrick
Kneubühler, Ursula Krieger, Andreas Lavicka, Jérôme Mollat, Niklaus
Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Christoph Ruckstuhl,
Melina Schellenberg, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Beatrice Stierli,
Christian Stocker Arnet, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner,
Etienne Winter, Jean-Jacques Winter

Entschuldigt: Mark Aellen, Barbara Grange, Kathrin Gürtler, Manfred Jutzi,
Evelyn Roth, Pascale Uccella

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 31 Anwesende = 21
18.05 Uhr 32 Anwesende = 22
20.30 Uhr 31 Anwesende = 21

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 07.08.2019, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, betreffend **Quartierplanungen Sturzenegger**, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4476 / A
2. Bericht des Gemeinderates vom 18.09.2019, zum Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 24.04.2019, betreffend **Aneluege und luege, dass gluegt wird vom Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft (Flugverkehr I)**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4458 / A
3. Bericht des Gemeinderates vom 18.09.2019, zum Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 24.04.2019, betreffend **Aneluege und luege, dass gluegt wird vom Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt (Flugverkehr II)**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4459 / A
4. Bericht des Gemeinderates vom 18.09.2019, zum Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 24.04.2019, betreffend **Aneluege und luege, dass gluegt wird vom Schweizerischen Bundesrat (Flugverkehr III)**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4460 / A
5. Interpellation von Mark Aellen und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 10.04.2019, betreffend **Leistungsausweis kommunale Energiepolitik**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4455 / A
6. Interpellation von Henry Vogt, SVP-Fraktion, vom 02.05.2019, betreffend **Bevölkerungswachstum Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4462 / A
7. Postulat von Simon Maurer und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 16.05.2018, betreffend **Prüfung einer Gemeindemediathek in der Villa Guggenheim**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4396
8. Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 12.06.2018, betreffend **Umsetzung Freiraumkonzept Allschwil – Spielplatzstrategie**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4400
9. Postulat von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 20.08.2018, betreffend **Schul(um)bau partizipativ und veränderungsfähig planen und gestalten**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4406
10. Postulat von Philippe Adam, Rolf Adam, Christian Kellermann, Evelyne Roth, Beatrice Stierli und Andreas Widmer, CVP-Fraktion, vom 18.09.2018, betreffend **Öffentliche Ladestationen für Elektroautos in der Gemeinde Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4411
11. Postulat von Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 20.03.2019, betreffend **Raus aus dem MIV**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4448

12. Postulat von Fredy Rellstab, SVP-Fraktion, vom 05.06.2019, betreffend
für eine PV-Anlage auf dem Dach des Gemeindezentrums in Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4469

13. Motion von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 15.01.2019, betreffend
Frühförderung
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4434

14. Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 09.04.2019, betreffend
Verkehrssicherheit überall und für alle
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4452

15. Postulat von Julia Gosteli, Grüne, vom 09.04.2019, betreffend
Beiträge zu Lärmschutzmassnahmen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4453

16. Postulat von Beatrice Stierli, CVP-Fraktion, vom 15.04.2019, betreffend
Zebrastreifen Oberwilerstrasse
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4456

17. Postulat von Claudia Sigel, CVP-Fraktion, vom 07.05.2019, betreffend
Silvesterfeuerwerk – zeitliche und örtliche Begrenzung
Teilrevision des Polizeireglementes der Einwohnergemeinde Allschwil (§29)
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4463

18. Motion von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, vom 13.05.2019, betreffend
Überarbeitung Abfallbewirtschaftungsreglement
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4467

19. Postulat von Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion, vom 17.06.2019, betreffend
Lärmbelästigungen Schulhaus Gartenstrasse
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4471

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Christine Rüegsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 36 vom 16. Oktober 2019

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Florian Spiegel

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Florian Spiegel, Präsident: Bevor wir zu den Mitteilungen des Einwohnerratspräsidiums kommen, hat der Gemeinderat Thomas Pfaff ums Wort gebeten. Das gebe ich ihm jetzt gerne.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Einwohnerräte, liebi Manne u Froue. Ende diesen Monats ziehe ich mit meiner Familie ins Berner Oberland. Aus diesem Grund habe ich heute beim Einwohnerratspräsidenten mein Rücktrittsschreiben eingereicht. Ich werde per Ende Oktober aus dem Gemeinderat zurücktreten. So kurz vor dem Legislativende zurück zu treten ist nicht sexy. Dem bin ich mir sehr wohl bewusst. Die Hintergründe dazu zu erläutern würde jetzt hier den heutigen Rahmen sprengen, aber ich darf in diesem Zusammenhang darauf verweisen, dass am Freitag im AWB ein Artikel erscheint. Darin erfahren Sie alles. Nach elf Jahren im Gemeinderat und vorher noch fünf Jahre im Einwohnerrat endet meine politisch aktive Zeit in Allschwil. Ich bin dankbar für viele, spannende Themen und Projekte, bei denen ich mitwirken durfte und auch mitgestalten, und ich bin dankbar, dass dieses Amt mir die Möglichkeit gegeben hat, mit vielen spannenden Menschen zusammen zu kommen. Ich wünsche Allschwil alles Gute. Heute ist meine letzte Einwohnersitzung.

Florian Spiegel, Präsident: In diesem Fall, lieber Thomas, im Namen des Einwohnerratsbüros herzlichen Dank für deine Worte, herzlichen Dank für deine Arbeit und auf deinem weiteren Weg, wie auch an der letzten Sitzung alles Gute.

Dann zu den Mitteilungen des Einwohnerratsbüros: Wir begrüßen als neues Einwohnerratsmitglied Cetin Keles von der SP anstelle von Flavia Tschan. Der Lebenslauf sollte verteilt worden sein und bei Ihnen auf dem Tisch liegen.

Dann möchten wir noch einmal erwähnen, was wir letztes Mal schon gesagt haben, dass wer den Saal verlässt, sei dies nur kurzzeitig bedingt oder generell die Sitzung verlässt, sich beim Stimmzähler vorne auf seiner Seite abmeldet und wieder anmeldet, wenn er wieder zurück kommt. Was wir auch noch einmal bitteschön erwähnen sollten, was wir letztes Mal schon gesagt haben, dass sowohl Einwohnerräte wie auch Gemeinderäte namentlich aufgerufen werden, bevor sie das Wort erhalten, damit man sich doch daran hält. Wodurch es der Dame, die das Protokoll schreibt und neu ist und noch nicht anhand der Stimmen zuordnen kann, wer gerade das Wort hat, leichter fällt.

Weiterhin noch erwähnen möchte ich, dass die Budgetanträge fürs Budget, die im Dezember behandelt werden, doch bitteschön bis zur Novembersitzung eingereicht werden müssen, damit sie von den Kommissionen behandelt und ordentlich traktandiert werden können.

Noch einmal erwähne ich für alle, die es nicht gelesen oder an der Fraktionssitzung nicht gesehen haben sollten, die Sitzung heute Abend geht voraussichtlich bis 22 Uhr.

Dringliche Interpellationen oder Postulate sind nicht eingegangen. Es sind aber normale Interpellationen eingegangen, drei an der Zahl. Und zwar einmal eine Interpellation zum Projekt EVA von der SP-, CVP- und SVP-Fraktion. Ich frage den Interpellant an, ob er kurz das Wort möchte.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wie ich letztes Mal an der Sitzung angekündigt habe, haben wir, oder habe ich mal diese Fragen, welche noch offen sind, und bei

denen ich das Gefühl habe, dass noch Klärungsbedarf besteht, habe ich formuliert. Und jetzt, in der Interpellation, welche auch von der SVP und der CVP unterstützt wird, zusammengefasst und hoffe, oder wir erhoffen uns dort gute und aufschlussreiche Antworten auch für jene, welche nicht so tief in das Geschehen hineinschauen. Für zeitnahe Antwort bedanke ich mich bereits im Voraus.

Florian Spiegel, Präsident: Die zweite Interpellation, die eingegangen ist, ist zur Umsetzung des Postulats 1330, Förderung der Verbundenheit von Allschwil und der Natur, eingereicht von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion. Hätte Herr Winter gerne kurz das Wort? Das ist nicht der Fall.

Die dritte Interpellation, eingegeben zum Finanzplan von Henry Vogt, SVP-Fraktion. Möchte er kurz das Wort? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Somit kommen wir zur Bereinigung der Traktandenliste. Wir stellen fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Nun die Anfrage an den Einwohnerrat, ob Änderungsanträge zur Traktandenliste vorliegen? Das scheint nicht der Fall zu sein.

://: Dann stelle ich fest, dass die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt ist.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 07.08.2019, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, betreffend Quartierplanungen Sturzenegger, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: KBU-Präsident Andreas Bärtsch und GR Christoph Morat, Geschäft 4476 / A

Florian Spiegel, Präsident: Ich weise darauf hin, dass dies die erste Lesung ist und frage den Gemeinderat an, ob Eintreten bestritten ist. Das scheint nicht der Fall zu sein. Es werden der Einwohnerratsbericht, das Quartierplanreglement und der Quartierplan behandelt, die öffentliche Urkunde und der Planungs- und Bebauungsbericht wird zur Kenntnis genommen. Zu den Ausführungen gebe ich zuerst das Wort an den KBU-Präsidenten, Andreas Bärtsch.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren. Mit dem Quartierplan Sturzenegger werden die folgenden Ziele verfolgt, welche aus der Sicht der Kommission Bau und Umwelt gut erfüllt werden: Es wird angestrebt, eine qualitativ gute Wohnüberbauung mit kleineren Wohneinheiten zu planen. Eine quartierverträgliche Siedlungsverdichtung mit hoher Qualität, um eine haushälterische Bodennutzung zu erreichen. Eine grosszügige Anlage zu planen, welche in der Mitte oder im Innern einen öffentlich zugänglichen Quartierplatz hat. Und man möchte einen nachhaltigen Standard für die Überbauung. Bei der Überprüfung dieser Ziele hat die Kommission folgende Sicht: Die Setzung der fünf Baukörper erachtet die Kommission als sinnvoll und richtig. Die Aussenraumgestaltung mit ökologischer Ausgleichsfläche und dem öffentlich zugänglichen Platz findet die Kommission ebenfalls in Ordnung. Entlang der Spitzwaldallee sollen sechs neue Alleebäume gepflanzt werden, welche die Allee auf der Spitzwaldstrasse verlängern. Auch das ist aus Sicht der Kommission sinnvoll. Wie die Verwaltung erläutert hat, wird durch die neu entstehende Kreuzungssituation Spitzwaldstrasse / Steinbühlallee im 2020 geplant. Dies ist bereits im Budget 2020 so vorgesehen. Die Kommission begrüsst auch die Erweiterung der Baumallee. Hier bemängelt sie jedoch, dass Baumgrösse und v.a. Baumart noch definiert werden sollte. Auch möchte sie beliebt machen, dass sie zu planende, zukünftige Querung mit einer Mittelinsel versehen werden soll, weil man ja gerade in der näheren Umgebung den Tageskindergarten Spitzwald haben. Zwischen den Alleebäumen sind öffentliche Parkplätze geplant, welche u.a. auch der Nutzung der zu verschiebenden Entsorgungsstelle dienen sollen. Zusätzlich ist im öffentlichen Raum auch eine Parkplatzfläche für Kindergärtnerinnen des Tageskindergarten geplant. Die eigentlichen Parkplätze des Quartierplans befinden sich in der Einstellhalle, die über den Steinbühlweg erschlossen wird. Aufgrund der guten Erreichbarkeit mit den öffentlichen Verkehrsmittel erachtet es die Kommission als richtig, die Parkplatzanzahl für die Überbauung gegenüber der Wegleitung des Kantons zu reduzieren. Hingegen erachtet es die Kommission aufgrund der teilweise sehr hohen Leerstände der Parkplätze in Allschwil als nicht sehr zielführend, wenn im QP resp. Auflagen in Bezug auf Parkplatzvermietung gemacht werden. Hier erachtet es die Kommission als sinnvoll, wenn entweder schon in diesem Quartierplan, aber wenn möglich bei folgenden Quartierplänen eine gewisse Lockerung erreicht werden könnte. Die Energieversorgung soll einen CO2-neutralen Grenzwert in Bezug auf Strom

und Wärmezeugung aufweisen. Auch dies findet die Kommission richtig. Zusätzlich erachtet es die Kommission als sinnvoll, wenn bei diesem wie auch zukünftigen Quartierplänen nebst dem Warmwasser auch das Kaltwasser per Wohnungseinheit verbraucherabhängig erfasst werden kann. Gemäss Auskunft einer Fachperson ist dies heute bei Neubauten mit einem kleinen Zusatzaufwand realisierbar und wird schon bald Stand der Technik sein. Die Kommission hat dieses Geschäft in einer intensiven Sitzung behandelt und konnte sich dabei auf die kompetenten Auskünfte von Adrian Landmesser und Jürgen Johner abstützen und bedankt sich an dieser Stelle ganz herzlich für die kompetente Vertretung dieses Geschäfts gegenüber der Kommission.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Der Gemeinderat ist stolz, Ihnen heute Abend ein wunderbares Projekt zwischen unserem Partner, der Bürgergemeinde Allschwil, und der Einwohnergemeinde präsentieren zu dürfen. Die meisten Dinge hat Andreas Bärtsch eigentlich schon gesagt. Die KBU hat eben schon in ihrer Sitzung bereits ganz viel aus diesem Bericht gesagt und ich möchte hier wegen des heutigen Zeitmanagements nicht all zu viel länger werden. Ein paar Worte muss ich aber doch noch los werden, und zwar: Die Ausgangslage ist so, das können Sie lesen, das ganze Gebiet hat 5'608 m² und somit 2'608 m² über den Vorgaben aus den Reglementen. Es sollen 69 Wohnungen erstellt werden und für diese 69 Wohnungen je nach Anteil der Alterswohnungen gibt es einen Reduktionsfaktor, es müssen dann 61 bis ca. 70 Parkplätze erstellt werden. Die Planungsinstrumente sind in einer sehr guten Qualität abgeliefert worden durch das bestens bekannte und versierte Büro Stierli & Ruckli Ingenieur & Raumplaner, und mit ihnen ist einfach diese Qualität dieser Quartierpläne schon seit Jahrzehnten in Allschwil gesichert. Der Beschrieb - vielleicht noch mal: die drei Punktbauten und die zwei Längskörper fügen sich nach der Überarbeitung, die wir im Bauausschuss mit dem Gemeinderat gemacht haben, sehr harmonisch in die ganze Situation an der Spitzwaldstrasse / Steinbühlweg ein und auch der Taki mit seinen nur zwei Geschossen geht man mit der Staffelung der Bauten in südliche Richtung nicht gleich unter. Ganz wichtig sind die Frei- und Grünflächen sowie der öffentlich nutzbare Platz. D.h. man kann dort abkürzen, man kann sich verweilen, es ist aber auch immer noch genug Platz für die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Überbauung. Wir hoffen natürlich, dass sich dieser Platz und dieser Ort mit Leben und Begegnungen füllen wird. Die Baumallee aus dem Norden kommend, das hat Andreas Bärtsch auch schon gesagt, das wird weitergeführt, und auch dies erachten wir als wertvolle Aufwertung der Spitzwaldstrasse in südlicher Richtung, Richtung Binningerstrasse. Die Parkierung soll grösstenteils unterirdisch geführt werden, vor allem auch die Besucherparkplätze und es wird aber auch weiterhin noch an der Spitzwaldstrasse fünf Parkplätze geben, nein sechs, zwei davon sind Ersatz für die Parkplätze, die wegfallen, weil auf dem Areal des Taki muss neu die dort ansässige Abfall- oder Wertstoffsammelstelle erstellt werden. Aus diesem Grund müssen fünf Parkplätze ersetzt werden. Drei davon sind dann in der Halle und eben zwei auf der Spitzwaldstrasse. Von der Nutzung her: Wir haben eine Ausnutzungsziffer von 1,21. Das konnten Sie entnehmen, auch die Formel haben wir dieses Mal wieder aufgeführt im Bericht an den Einwohnerrat. Es ist auch eine angenehme Dichte, wenn man den Fussabdruck anschaut, der beträgt nämlich nur 27 % der Landfläche. D.h. 73 bis 74 % bleiben ungebaut. Zur Energieversorgung ist zu sagen, dass das Ganze wird im Minergiestandard erstellt, dabei sind heute vorgeschrieben, dass man 80 % der Wärmezeugung CO₂-neutral anbieten muss, sowie 10 Watt/m² Energiebezugsfläche, welche selber erzeugt werden müssen. Das kann z.B. mit einer Fotovoltaikanlage auf den Dächern geschehen. Arealbaukommission, also ABK, und die kantonale Vorprüfung durch das ARP sind bereits Hürden, welche der Investor, die Bürgergemeinde Allschwil, bestanden haben. Ebenso das Mitwirkungsverfahren. Ich möchte hier noch einmal fürs Protokoll festhalten: Bei Mitwirkungsverfahren ist keine einzige Eingabe bei uns auf der Gemeinde eingegangen. Das ist ein weiteres Zeichen einer hohen Akzeptanz in der Bevölkerung, auch in der ansässigen Bevölkerung dort an der Spitzwaldstrasse / Steinbühlweg vor Jahren bei der Abstimmung, ob dieses Land verkauft werden soll, war ja auch bereits fast ein sowjetisches Resultat, so dass die Einwohnergemeinde der Bürgergemeinde dieses Land verkaufen konnte. Zu den Kosten noch schnell: Das Areal gilt als voll erschlossen und der Infrastrukturbeitrag, da sind wir uns mit unserem Partner, der Bürgergemeinde einig, findet vor allem, so wie es beschrieben wurde unter Punkt 11 bei den Kosten, der findet vor allem beim Erstellen dieser Bäume statt, aber auch beim einverstandenen Erklärten, dass der Platz in der Mitte, dass dieser öffentlich ist und dass man durch das Areal hindurchgehen kann, auch wenn man nicht nur dort wohnt. Ich bitte Sie also dann in der 2. Lesung nach gewalteter Diskussion, den Anträgen des Gemeinderats zu folgen. Ich bitte Sie gleichzeitig auch, die Anträge der KBU zwar zu diskutieren, aber dann schlussendlich abzulehnen. Dies aus folgenden Gründen: Es ist so, dass die Parkplätze, die Stammparkplätze darf man selbstverständlich weiter vermieten oder weiter veräussern. Da möchten wir dem Investor, unserem Partner, möchten wir hier auch gar keine Vorgaben machen. Es ist aber auch so, dass die sog. Besucherparkplätze, und dies steht im Art. 70 der Raumplanungsverordnung, jedenfalls frei gehalten werden müssen. Vielleicht noch schnell zum Meko: es ist ja 0,3 Besucherparkplätze pro Wohnung. Das heisst, 3 Wohnungen zusammen teilen sich einen Besucherparkplatz. Bei Alterswohnungen ist es ja so, da können durchaus Besucher oder Besucherinnen ihre Eltern dort besuchen, und dann sind sie angewiesen auf einen freien Besucherparkplatz. D.h. man

kann den Besucherparkplatz nicht vermieten, weil dieser muss tatsächlich frei sein. Es gibt Überbauungen in Allschwil, da sind sogar richterliche Parkverbote auf diesen Besucherparkplätzen sogar für Leute, die dort Eigentümer sind, ob Stockwerkeigentümer oder Mieter. Die dürfen ihre Autos also auch nicht auf den Besucherparkplätzen abstellen. Aus diesem Grund empfiehlt Ihnen der Gemeinderat, klar bei der Fassung des Gemeinderats zu bleiben und selbstverständlich ist es dem Investor überlassen, diese Stammparkplätze weiter zu vermieten. Auch wir möchten nicht unnötig irgend welche Parkplätze bauen, v.a. nicht unterirdisch, denn das kostet immer viel Geld, und auf der anderen Seite sind wir halt auch wirklich daran gebunden, im übergeordneten Gesetz, und das ist eben der wichtige Punkt. Wir möchten nicht in ein Risiko laufen einer Nichtgenehmigung durch den Regierungsrat, falls wir solche Artikel im Quartierplan festhalten würden. Beim Wasser ist es so, selbstverständlich wird die Wärme in solchen Gebäuden, das muss verbraucherabhängig zugewiesen werden können, aber dass man das jetzt auch beim Kaltwasser macht, erachtet der Gemeinderat als leicht übertrieben. Wir liefern Wasserleitung mit einem Wasserdurchflussmesser heim, der kostet ebenfalls Geld, so ein Wasserdurchflussmesser, oder, dafür bezahlt man einen jährlichen Betrag, und wenn man dann zu viel von diesen Wassermesser hat, dann wäre das eine relative unnötige Verteuerung, die ja dann schlussendlich auch wieder auf die Mieten draufgeschlagen werden muss. Also wir empfehlen wirklich mit einem Wasserdurchflussmesser und dies sicher nicht auf der Flughöhe Quartierplan jetzt schon festzuhalten, sondern man kann das dem Investor mitgeben zum darüber Nachdenken, wie er den Kaltwasserverbrauch im Griff behalten kann, sei das finanziell oder sei es auch vom Verbrauch abhängig. Wenn der Einwohnerrat am Pro Kopf-Verbrauch des Kaltwassers in der Gemeinde Allschwil etwas machen möchte, dann empfehlen wir eine Überarbeitung oder eine Anpassung der entsprechenden Reglemente, in diesem Fall jetzt des Wasserreglements. Also das kann man durchaus dort festhalten, da kann man durchaus Anreiz schaffen, und ich glaube, da ist der Gemeinderat auch offen dafür, wenn ein Vorstoss käme, dass man den Wasserbrauch in Allschwil, Anreize schaffen würde, damit dieser vermindert wird oder sicher nicht erhöht wird. Zur öffentlichen Urkunde betreffend Quartierplanvertrag, diese Empfehlung der KBU, Realisierungskosten, die Baumarten und Baumgrößen, wir haben heute Nachmittag in der Gemeinderatssitzung davon gesprochen, also wir werden ganz sicher grössere Bäume pflanzen, als der Kanton an der Ziegelei dies gerade gemacht hat, wie Sie vielleicht schon feststellen konnten. Unsere Bäume werden grösser sein, aber es ist leicht verfrüht, dies jetzt schon in der Baumart und in der Baumgrösse zu definieren, sondern dies ist eindeutig etwas, was im Baubewilligungsverfahren gemacht werden muss. Die Gemeinde Allschwil hat auch eine entsprechende Liste mit geeigneten Bäumen, die den zukünftig prognostizierten wärmeren Klimabedingungen Stand halten würden, die auch Salzwasser oder auch mal trockene Zeiten überstehen würden. Also wir können hier mit Rat und Tat und einer hervorragend ausgearbeiteten Liste aufwarten und mithelfen. Und aus diesem Grund bitte ich Sie, dies zwar jetzt zu diskutieren, aber schlussendlich dann dem Gemeinderat zu folgen. Es kommt schlussendlich auch der Bürgergemeinde zu gute als in Investor, wenn wir jetzt hier nicht all zu viel obendrauf packen, sondern dass man das Geschäft jetzt wirklich bewilligungsfähig und genehmigungsfähig dem Regierungsrat vorlegen können, nachdem Sie es hier beraten und genehmigt haben, so dass wir dann auch tatsächlich diese Wohnungen, vor allem auch die benötigten Alterswohnungen auf dem Areal Sturzenegger erstellen können. Ich habe für den Moment geschlossen.

Florian Spiegel, Präsident: Herzlichen Dank. Bevor wir die allgemeine Beratung eröffnen, zum Ablauf: Es ist ja, wenn gewünscht, abschnittsweise Beratung des Berichts anschliessend abschnittsweise Beratung des Reglements und dann die Beratung des Quartierplans. Also wer konkrete Fragen zum Quartierplan in der vorliegenden Form hat, wie er aufgezeichnet ist, möchte ich beliebt machen, dass er ablaufgerecht dann dort seine Fragen aufwirft, wenn wir zum Punkt Quartierplan separat kommen. Somit wäre nach meinen Ausführungen die allgemeine Beratung eröffnet.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kollegen und Kolleginnen. Die FDP begrüsst die Vorgehensweise beim Quartierplan Sturzenegger und verdankt an dieser Stelle alle Beteiligten, die eigentlich bei diesem Projekt daran gearbeitet haben und involviert waren. Wir denken, es ist sinnvoll, welche Absichten die Bürgergemeinde auf diesem Areal hat, und es ist auch so, dass sie wahrscheinlich sicher die Interessen der Allschwiler Bevölkerung wahrnehmen können und umsetzen. Wir denken, es ist sinnvoll und gut auch, dass in diesem Bereich rund 2/3 Alterswohnungen entstehen und auch Absichten vorherrschen, Wohnungen im Ergänzungsleistungen-Bereich zu erstellen. Zu den Anträgen der KBU: Die FDP-Fraktion erachtet diese als zielführend und gut und kann sie somit vollumfänglich unterstützen.

Ursula Krieger, AVP-Fraktion: Wir danken der Kommission für die speditiv erstellten Kommissionsberichte und diese Überbauung wirkt ja auf dem Plan sehr dicht, aber wir hoffen auch, dass sich dies in der Zukunft dann doch mit Leben füllen wird. Die Anregung der Kommission wegen des Kaltwasserverbrauchs, da haben wir eigentlich, so auf dem Papier haben wir eine gute Idee gefunden, haben natürlich nicht gewusst, welche Folgen das haben kann. Wir sind jetzt im Moment offen für diese

Frage, und, ja, in diesem Fall haben wir eigentlich gedacht, wir stimmen diesem Kommissionsbericht zu, und wir schauen wir, wie die Diskussion weiterläuft. Dankeschön.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Wir sind auch grundsätzlich mit dem ganzen Bericht soweit einverstanden. Gute Leistung der KBU, toll gemacht! Trotzdem wollen wir ein wenig zu bedenken geben wegen diesen Parkplätzen. Wenn ich höre, drei Wohnungen ein Parkplatz. Wenn eine Wohnung zwei Autos hat, dann haben fünf Wohnungen kein Parkplatz, grundsätzlich interessant. Wir von der SVP sind der Meinung, dass man natürlich mit mehr Parkplätzen rechnen sollte, als mit weniger, mehr würden wir begrüßen. Jetzt weiss ich nicht genau, wo ich diese zwei Fragen stellen muss, darum stelle ich sie am besten gleich jetzt. Herr Bärtsch wird mir dann sicher auch helfen. Das Eine ist, wenn man den Plan anschaut, Fussgängerstreifen sind keine eingezeichnet. Wir haben, glaube ich, in diesem Bereich bis zu vier Fussgängerstreifen, wenn ich mich nicht täusche. Wo kommen die hin, welche sind nötig? Und die zweite Frage, die wir dazu hätten, die mir nun auch aufgefallen ist anhand des Plans. Die Spitzwaldstrasse wird ja mit einer Allee mit Parkplätzen aufgepöppelt. Heisst das jetzt, dass sich auf der längeren Strecke die Busse des öffentlichen Verkehrs überhaupt nicht mehr kreuzen können? Ist die Strasse breit genug, damit dort zwei Busse aneinander vorbei kommen auf dieser Länge? Das wären unsere zwei Fragen. Dankeschön.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Also herzlichen Dank für deine Fragen. Als Kommissionspräsident, ich bin nicht so tief in der Planung drin, das wäre eigentlich eher die Beantwortung für den Gemeinderat. Aber ich sage mal das, was ich weiss, und Christoph, du kannst ja dann vielleicht noch präzisieren. Wir haben ja im Bericht geschrieben, dass im Budget 2020 ein Betrag für die Planung für die neue Querung Spitzwaldstrasse eingestellt ist. Steinbühlweg, das wäre eigentlich die Planung, um die Verwaltung ein bisschen in Schutz zu nehmen, wäre die Planung im Geschäft „Lärmschutzsanierung Spitzwaldstrasse“ drin. Und wie wir alle ja wissen, haben wir dieses Projekt abgeschossen, weil wir gesagt haben, das ist nicht zielführend, und damit haben wir auch die vorgezogene Planung dieser Kreuzung abgeschossen. Und die Verwaltung hat aber aus Sicht der Kommission die richtigen Schlüsse gezogen, hat hier nun Tempo Teufel ein neues Budget einstellen lassen und wird dies im 2020 in Angriff nehmen. Wir sind überzeugt, dass das nachher kompetent umgesetzt wird. Die Kreuzung von Bussen im Bereich der neuen Allee, relativ einfach gesagt, weiter vorne funktioniert es auch, ist diese Allee auch schon und dort verkehren auch Busse und können auch kreuzen, aber wir haben es in der Kommission auch Mal diskutiert und haben den Meter rausgenommen und gemessen und sind der Meinung, dass die Mindeststrassenbreiten eingehalten sind.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Auch wir von der CVP danken dem Gemeinderat für diese Quartierplanung, welche nach unserer Meinung sehr, sehr gut ist. Auch der Kommissionsbericht ist für uns sehr gut. Knapp und sec gehalten. Und sehr wichtig ist der Erhalt dieser Mittelinsel, weil doch dort relativ viele Kindergärtler durch gehen. Und wenn wir dort Alterswohnungen bauen, doch auch ältere Leute, die froh sind, wenn sie in der Mitte noch schnell anhalten können. Das mit dem Kaltwasser fanden wir eigentlich auch eine sehr gute Idee, müssten wir allerdings bis zur 2. Lesung noch einmal anschauen, nach den Einwänden von GR Morat.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Unsere Fraktion stimmt dem QP ebenfalls zu mit den Anträgen, welche die KBU gestellt hat. Weiter möchte ich dazu nicht viel sagen. Ich möchte mich nur zur Frage der Parkplätze äussern. Weil, ich glaube, man kann nicht das stehen lassen, was der Gemeinderat ins Feld geführt hat. Es wurde gesagt, selbstverständlich darf man Einstellhallenplätze, also die Stammplätze, weiter vermieten oder veräussern. Im QP-Reglement steht eben genau das Gegenteil. Also dort steht, dass, wenn sich der Bedarf als geringer herausstellen würde, dann dürften diese „mit Zustimmung der Gemeinde weiter vermietet oder veräussert werden“. Wir denken, dass dies eine Restriktion ist, die nicht nötig ist und deshalb hat die KBU auch diesen Antrag gestellt, den wir unterstützen. Bezüglich der Besucherparkplätze ist es so, dass die Vorgabe von 0,3 vom Kanton stammt, was nicht vom Kanton stammt, ist, dass man dann auch ins QP-Reglement schreibt, dass sie weder fest vermietet noch dauernd belegt werden dürfen. Tatsache ist halt einfach, dass Besucherparkplätze oft unternutzt sind. Und nun haben wir hier die Situation, dass die Stammparkplätze reduziert werden können, neuerdings nach den Vorgaben des Kantons, das hat nicht einmal so sehr damit zu tun, dass es sich um Alterswohnungen handelt, sondern vor allem auch damit, dass die Verkehrserschliessung gut ist. Aber die Besucherparkplätze können nicht reduziert werden, obwohl ja auch die Besucher von der guten Verkehrserschliessung profitieren. Man kann auch annehmen, dass Besucher weniger mit dem Auto kommen an einer solchen Lage als dort, wo es nicht so gut erschlossen ist. Und darum ist es nicht sinnvoll, dass man dann, wenn man die Stammparkplätze reduziert, und dann untergenutzte Besucherparkplätze hat, diese auch noch so zu sakrosankt erklärt und das in den QP schreibt. Deshalb ist auch hier der Antrag der KBU richtig und ich bin davon überzeugt, dass dieser auch Stand hält. Dankeschön.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte zwei, drei Dinge sagen. Das Erste zu Henry Vogt. Es ist die 0,3 - das sind nur die Besucherparkplätze. Das hat nichts mit den Stammparkplätzen zu tun. Also, es sind immer 0,3 Parkplätze pro Wohnung. D.h. drei Wohnungen teilen sich ein Besucherparkplatz. Und wir haben hier 69 Wohnungen. Das Zweite sind die Busbreiten. Da hat Andreas Bärtsch schon kurz gesagt, ich denke mir, es gilt auch für diesen Teil. Da sind auch jetzt schon Parkplätze auf der ganzen Länge. Wir haben ja oben diese Parkplätze, welche ersetzt werden müssen vor dem Taki. Und wir haben weiter unten die Signalisationen, wo man das Auto hinstellen kann, wenn man dort seine Wertstoffe entsorgt. Also wir haben also praktisch auf der ganzen Länge bereits heute schon Parkfelder und diese Bäume, die schauen nicht weiter raus, sondern die sind auf der gleichen Höhe wie die Parkfelder. Also ich denke mir, mit den Busbreiten, dass die Busse immer noch kreuzen können, das ist, glaub ich, unbestritten, aber wir nehmen es gerne mit auf die 2. Lesung und können, das ist ja der Vorteil der 2. Lesung, können dann vielleicht noch ein bisschen fundierter sagen, wie die Bestimmungen sind und ob wir diese einhalten können. Zum Fussgängerstreifen ist zu sagen, wir haben zwei Fussgängerstreifen über die Spitzwaldstrasse. Wir haben keinen Fussgängerstreifen, so viel ich weiss, über den Steinbühlweg. Die beiden Fussgängerstreifen über die Spitzwaldstrasse haben auch eine Insel. Und diese Insel bleibt auch dort. Die ist jetzt im Moment einfach aufgehoben, weil der Busverkehr wegen der Sanierung Baslerstrasse den Umweg über Steinbühlweg und Spitzwaldstrasse macht. Das wird aber nachher wieder instand gestellt vom Kanton und kann eigentlich nachher wieder so, wie es in der ursprünglichen Fassung ist, angenommen werden. Die Instandstellungsarbeiten, die es benötigt an diesem Kreuzungsbereich, das haben Sie ja dem Bericht entnehmen können, die sind auch Teil des Infrastrukturbeitrags. Ich möchte noch einmal zurückkommen aufs Wort von Herr Häuptli. Er sagt, man kann ja annehmen, dass wenn Stammparkplätze vermindert werden, dass dann auch Besucherparkplätze vermindert werden können, das ist natürlich nicht so. Stammparkplätze, man kann niemandem vorschreiben, dass er ein Auto in diese Halle einstellen muss. Also d.h., diese Leute, die dort wohnen, die können durchaus auf ein Auto verzichten. Und wenn diese natürlich dann, weil es ja auch Alterswohnungen sind, mehr oder weniger sagen, wir brauchen gar kein Autoparkplatz, dann hat der Investor natürlich Gelegenheit, das festzulegen, und kann diese Stammparkplätze natürlich weiter vermieten oder allenfalls veräussern, wenn sie nicht von den Wohnungen gebraucht werden. Auf der anderen Seite ist es natürlich auch so, diese Besucherparkplätze, Sie wissen nicht, wer auf Besuch kommt, Sie wissen es wirklich nicht, Sie können das nicht sagen. Und die Annahme, da könnte man gerade auch sagen, die Annahme ist, dass die Besucherparkplätze durchaus besucht werden. Und natürlich gibt es ein Stück weit eine Unternutzung, aber wenn das übergeordnete Recht, und ich möchte noch einmal darauf hinweisen, das ist übergeordnetes Recht, wenn das so ist, dann haben wir dies so auszuführen. Andernfalls riskieren wir, dass dieses Geschäft wieder vom Regierungsrat zurück kommt, weil sie uns einfach sagen, da habt ihr zu wenig darauf geachtet, auf das übergeordnete Recht. Und es ist meine Aufgabe, Ihnen dies heute Abend einigermaßen verständlich rüber zu bringen, dass, so Leid es mir tut um das Volumen, das hier gebaut werden muss, das ist sicher nicht erfreulich, oder, wenn man das zur Verfügung stellen muss, aber es ist halt einfach übergeordnetes Recht. Und ich denke, es wird, es hat einige Landräte hier, und man kann diesen Landräte das ja z.B. mit auf den Weg geben und sagen, weist beim Kanton noch viel viel stärker darauf einwirken, damit das geändert wird, dass auf kantonaler Ebene, diese Raumplanungsgesetzgebung und die Raumplanungsverordnung abgeändert werden kann, so, damit man in gut erschlossenen Ortsteilen durchaus auch weniger Parkplätze verlangen kann. Jetzt aber dies hier in diesem Quartierplan über den Leisten zu brechen und ins Risiko einer Rückweisung durch den Kanton zu laufen, finde ich nicht in Ordnung und ich finde es auch nicht fair dem Partner gegenüber, der ja auch öffentliche Hand ist. Und darum eindrücklich mein Appell: Stimmen Sie nicht dem KBU-Vorschlag zu, sondern beauftragen wir die Landräte, damit sie dies in der Gesetzgebung auf Kantonsebene angreifen und immer mehr ins Feld führen, dass man im städtischen Bereich einfach nicht die selben Ansprüche hat, wie eine mittelgrosse Gemeinde im mittleren oder oberen Kantonsteil. Nichts gegen diese, aber wir haben andere Bedingungen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Gemeinderat. Ich komme noch zur Bearbeitung der SP-Fraktion. Wir sind zusammen damit konfrontiert worden, die zwei Ansichten. Wir wissen was die KBU möchte und was der Gemeinderat davon hält. Jetzt sind wir wieder in diesem klassischen Ping-Pong-Spiel zwischen Juristen und Kanton, dieser hat Recht, diese hat Recht. Ich glaube die KBU hat es verstanden, sie nehmen das mal mit dieses Anliegen, prüfen es noch einmal zusammen, vielleicht mit dem Gemeinderat und den entsprechenden Stellen und gelangen dann noch einmal an den Einwohnerrat an der nächsten Sitzung. Das ist zu den Parkplätzen. Zum Wasserreglement, das steht ja bei uns. Ich bin jetzt kurz vorher drauf und nun sagt der Gemeinderat, man soll doch da mal eine Revision machen. 2006 haben wir das gemacht. Es ist nicht so alt. Wenn man da liest, es ist vor allem auch der Gemeinderat für Beiträge und für Gebührenerhebung verantwortlich. Also es ist nur, dass der Einwohnerrat Handhabung hat für Wassersparen. Wenn man das angehen möchte, dazu können wir auch zusammensitzen, das ist ja KBU nicht nur Bau- sondern eben

auch Umweltkommission. Das können wir ja sicher einmal zusammen anschauen. Wenn es ums Wassersparen geht, finde ich es ein bisschen verwerflich, wenn man jetzt ein Player oder ein Gebäude oder mehrere Gebäude von Allschwil etwas Neues aufzwingen möchte. Natürlich, sie haben auch einen Mehrwert durch den QP. Wenn es aber wirklich ums Sparen von Wasser geht, dann sollte man das eigentlich gesamthaft anschauen, wenn das ein Anliegen ist und deshalb findet die SP-Fraktion eigentlich auch den Weg über die Allgemeinheit, dass man das angeht, auch besser. Aber wie gesagt, wir hatten auch Fraktionssitzung am Montag, es ist jetzt auch neu auf uns zugekommen, prüfen wir das und dann können wir in der 2. Lesung darauf eintreten.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Herzlichen Dank zum Votum von Christoph Morat. Die 0,3 wird ja auch über den ganzen Kanton Basel-Landschaft erhoben. Dann ist es ja eigentlich die selbe Handhabung wie bei den Mietparkplätzen, bei welchen man ja auch einen Reduktionsfaktor einführt. Matthias Häuptli hat richtig gesagt, dass man die 0,3 nicht reduzieren kann. Wenn wir bei den Mietparkplätzen davon ausgeht, dass diese Leute, die im stadtnahen Raum wohnen, eher mit dem öV unterwegs sind, dann kann man glaub ich mit vernünftigem Menschenverstand davon ausgehen, dass Besucher, die im stadtnahen Raum unterwegs sind, ebenfalls mehr mit dem öV unterwegs sind. Wir möchten ja nicht eine Verschärfung des QP in dieser Hinsicht, sondern wir möchten eigentlich eine Lockerung. Und wir möchten vor allem nicht, dass Dinge in einen QP geschrieben werden, die man nicht kontrollieren kann und wenn dann irgend jemand mal in 10 oder 15 Jahren das liest, dass es nachher noch eine Juristerei daraus entsteht. Deshalb erachtet die Kommission doch, dass man dies vertieft diskutieren soll. Wir nehmen das Votum von Etienne Winter natürlich mit. Wir werden das noch einmal in der Kommission diskutieren. Was ich auch ganz klar sagen möchte, ist, wir möchten diesen Quartierplan nicht abschliessen oder verunmöglichen oder auf die lange Bank schieben. Aber es ist natürlich auch ein bisschen eine plakative Antwort des Gemeinderats Morat, wenn er nun sagt, der Regierungsrat würde es dann einfach zurückweisen. Wir können jetzt auch dem Gemeinderat eine Aufgabe mitgeben. Auf die 2. Lesung kann man ja eine Anfrage beim Regierungsrat stellen oder bei den zuständigen Verwaltungsmitarbeiter, welche diese Berichte vorprüfen oder prüfen, und mal ausloten, ob dies überhaupt möglich ist. Ins selbe Horn möchte ich bei der Kaltwasserzählung blasen. Im Moment wäre es der QP Sturzenegger der einzige, bei dem wir das Kaltwasser zählen. Da stimme ich mit dir, Etienne, überein. Aber das Ziel ist natürlich schon, dass bei weiteren QP, die wir haben, das dann nachher als Standard festgelegt wird, so wie wir das, was wir jetzt eigentlich bei den Parkplätzen versuchen anzustossen, nachher auch bei den weiteren QP einzubringen.

Christian Kellermann, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte speziell auch wegen dieser Mittelinsel noch zwei, drei Worte verlieren. Christoph Morat hat vorher gesagt, die bestehende Mittelinsel würde man gerne auch weiterführen. Mit dem bestehenden Quartierplan ist das aber im Moment nicht möglich. Sie sehen das jetzt auf dem Bildschirm appliziert. Auf dem Handy aktuelle Situation ohne Parkplätze mit einer Mittelinsel und im Quartierplan sind neue Parkplätze drin. Mit diesen Parkplätzen hat man nachher nur noch eine knappe, zweiseitige Fahrmöglichkeit ohne Mittelinsel. Mit einer Mittelinsel ist in diesem Fall nicht mehr möglich. Und deshalb würden wir sehr darauf appellieren, damit diese Parkplätze im vorderen Bereich, wo diese Mittelinsel jetzt noch bestehend ist, wegfallen, dann könnte nämlich diese Mittelinsel auch bleiben. Für uns ist es wichtig, einen sicheren Übergang gewährleisten zu können für den Kindergarten, der weiter unten liegt, und auch fürs Alters- und Pflegezentrum.

Florian Spiegel, Präsident: Ich stelle keine weiteren Wortmeldungen fest. Somit frage ich den Rat an, ob er abschnittsweise Beratung des Berichts wünscht. Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann würden wir jetzt zur 1. Lesung des Quartierplan-Reglements gehen.

Der 2. Vizepräsident **Niklaus Morat** ruft paragrafenweise auf.

§ 1 Zweck, Ziele und Geltungsbereich der Planung, Seite 1

keine Wortmeldung

§ 2 Art der baulichen Nutzung, Seite 2

keine Wortmeldung

§ 3 Mass der baulichen Nutzung, Seite 2

keine Wortmeldung

§ 4 Lage, Grösse und Gestaltung der Bauten, Seite 4

keine Wortmeldung

§ 5 Nutzung, Gestaltung und Unterhalt des Aussenraumes, Seite 6

keine Wortmeldung

§ 6 Erschliessung und Parkierung, Seite 8

Christian Kellermann, CVP-Fraktion: Wie gesagt, für uns wäre es wichtig, dass man diese Querung mit der Mittelinsel wahrnehmen könnte. Ich weiss nicht, ob das der richtige Ort ist, dass man das dort in diesen Paragraphen rein nimmt. Ich würde das auflegen.

§ 7 Ver- und Entsorgung, Seite 9

keine Wortmeldung

§ 8 Lärmschutz, Seite 10

keine Wortmeldung

§ 9 Realisierung und QP-Vertrag, Seite 10

keine Wortmeldung

§ 10 Abweichungen und Ausnahmen, Seite 11

keine Wortmeldung

§ 11 Schlussbestimmungen, Seite 12

keine Wortmeldung

Beschlüsse, Seite 13

keine Wortmeldung

Florian Spiegel, Präsident: Somit würden wir gleich die Planreglemente zum Ablauf Quartierplan QP beraten. Der 2. Vizepräsident Niklaus Morat ruft zum Quartierplan auf.

Quartierplan

keine Wortmeldung

Florian Spiegel, Präsident: Wenn es keine Wortmeldungen zum Quartierplan gibt, dann stelle ich fest, dass die 1. Lesung damit abgeschlossen ist. Über die Abstimmungen und Anträge des Gemeinderates sowie von der Kommission gemäss dem Bericht erfolgen im Anschluss an die 2. Lesung an der November-Sitzung.

Somit kommen wir zum Traktandum 2, bzw. zum Traktandum 2, 3 und 4. Das Büro des Einwohnerrats hat beschlossen, dass wir die Berichte zum Geschäft 4458, 59 und 60 / A gemeinsam behandeln und im Anschluss aber natürlich separat darüber abstimmen. Geschäftsvertretung hat Gemeinderat Philippe Hofmann. Er ist nicht anwesend. Ich nehme an, meine Unterlagen stimmen und es übernimmt Gemeinderatspräsidentin Nicole Nüssli-Kaiser. Somit hat sie das Wort.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 18.09.2019, zum Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 24.04.2019, betreffend Aneluege und luege, dass gluegt wird vom Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft (Flugverkehr I)
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4458 / A

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 18.09.2019, zum Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 24.04.2019, betreffend Aneluege und luege, dass gluegt wird vom Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt (Flugverkehr II)
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4459 / A

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 18.09.2019, zum Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 24.04.2019, betreffend Aneluege und luege, dass gluegt wird vom Schweizerischen Bundesrat (Flugverkehr III)
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4460 / A

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, geschätzter Ueli. Du hast ja in dreifacher Ausformulierung drei Postulate eingereicht. Wir haben gehört, Philippe Hofmann ist abwesend heute und darum darf ich diese Geschäfte, die ihn betreffen, heute Abend alle vertreten. Es sind einige, es sind nicht nur die Traktanden 2, 3 und 4. Aber zuerst einmal zu diesen drei Traktanden, bzw. Postulat. Der Gemeinderat hat sich diesem Thema angenommen, so wie du dir das vorgestellt hast. Wir haben mit verschiedenen Schreiben uns an den Regierungsrat Basel-Landschaft, Basel-Stadt gewendet, wie auch an den Bundesrat in deinem Sinn. Wir haben diese alle angeschrieben. Das konnten wir tun in dieser Zeit, die du verlangt hattest. Wir haben von den Regierungsräten Basel-Landschaft und Basel-Stadt bereits eine Antwort erhalten, so dass wir bei ihnen einen Termin für ein gemeinsames Gespräch abmachen konnten. Das Gespräch wird am 12. November 2019 sein. Bezüglich Treffen mit Bundesrätin Sommaruga, dies war noch nicht möglich. Wir haben zwar eine Antwort erhalten, auch ein bisschen erstaunlich, aber die Antwort ist postwendend eingegangen. Sie verwehrt sich nicht einem Treffen aber sie schreibt, sie wolle einmal abwarten, bis das BAZL die Abklärungen gemacht hat im Zusammenhang mit dem ILS 33, mit den Nachtflugbeschränkungen und den Lärmexpositionsplänen. Das sind alles drei Punkte, Massnahmen, welche gefordert wurden. Da will sie abwarten, bis das BAZL diese Abklärungen gemacht hat und nachher auch Bericht erstattet hat. So lange müssen wir da abwarten. Ich kann dir versichern, der

Gemeinderat bleibt an diesem Thema dran, wie wir bis jetzt schon drangeblieben sind. Das Thema ist ein wichtiges Thema für unsere Gemeinde. Wir machen, was möglich ist. Ich denke, ich darf in diesem Zusammenhang auch noch auf die Petition hinweisen. Die haben wir ja ausgezählt. Sie alle haben dies lesen können. Es sind rund 7'000 Unterschriften eingegangen. Also eine stattliche Anzahl von Leuten, die ebenso der Meinung sind, dass die Gemeinde Allschwil an diesem Thema dranbleiben muss. Wir machen das und werden - wie gesagt - auch die nächsten Schritte unternehmen. In diesem Sinne denke ich, wir können das Postulat oder diese drei Postulate abschreiben. Vielen Dank.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Vielen Dank dem Gemeinderat, dass er sich auf den Weg machte. Ich lese eine Stellungnahme vorlesen, möglichst kurz, diese mündet in einen Antrag. Eine Stellungnahme zu allen drei Postulaten: „Um zu erleben, wie die globalisierte Grosskonzernwirtschaft funktioniert, müssen wir nicht nach Peru, wo sie mit Quecksilber das Gold auswäscht und damit das Land kaputt macht. Und auch nicht nach Kolumbien, wo sie dies mit dem Kohlenabbau tut. Die globalisierte Grosskonzernwirtschaft begegnet uns alltäglich hier beim Flugverkehr. Kollektiv verantwortungs- und wertefrei organisiert, zählt für sie rücksichtslos, was Profit bringt. Zum anderen zeigt sich beim Flugverkehr die Schlaraffenlandgesellschaft. Viele Menschen leben es im Überfluss und nennen es Wohlstand. Es ist aber das Gegenteil, weil und wenn er auf Kosten von anderen auf dieser Erde und unserer aller Umwelt geht. Die Gier nach Geld und Spass bedeutet für uns eine grosse Herausforderung. Sie ist tief greifend und umfassend existentiell. Aber zum Glück gibt es die Demokratie. Der Einwohnerrat hat mit den drei Postulaten, Aneluege und luege, dass gluegt wird..., den Gemeinderat gebeten, sich auf den Weg einerseits nach Liestal zum Baselbieter und andererseits nach Basel zum baselstädter Regierungsrat zu machen. Und auch in Bern beim Bundesrat vorstellig zu werden, um sich vor Ort und auf Augenhöhe für die Interessen der Allschwiler Bevölkerung einzusetzen. Wir Menschen würden liebend gerne gesund bleiben. Ausreichender Schlaf und saubere Atemluft sind eine gute Grundlage dafür. Doch der Ausbau des Flugbetriebs des Euro Airports mit seinem miserablen An- und Abflugsystem droht uns, diese Lebensgrundlage zu zerstören und er trägt darüber hinaus zudem auch noch massiv zur Klimazerstörung bei. Wir wollen uns mit demokratischen Mitteln gegen das Unrecht zur Wehr setzen, das uns aufgezwungen wird. Und nebenbei bemerkt: ziviler Ungehorsam und Demos scheinen mir erst dann angezeigt, wenn die parlamentarische Parteiendemokratie nicht genügt oder gar versagt.“

Nun zu meinem Antrag: „Mit seinen Berichten zu den drei Postulaten zeigt der Gemeinderat, dass er sich auf den Weg gemacht hat. Aber noch nicht an den Zielen angekommen. Ich möchte deshalb dem Einwohnerrat beantragen, alle drei Postulate nicht als erledigt abzuschreiben. Und den Gemeinderat zudem bitten, verbindlich einen Termin zu bezeichnen, wann er damit am Ziel sein will.“ Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Florian Spiegel, Präsident: Die allgemeine Beratung ist eröffnet.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir danken dem Gemeinderat für seine Mühe, an diesen drei Stellen vorzusprechen und danke auch, dass er dem Einwohnerrat gefolgt ist und ich bitte, dass man jetzt in dieser Sitzung einen Bericht hinterlegen soll. Ich verstehe Ueli Keller mit der Bitte, diese Berichte nicht abzuschreiben, er hat auch nicht ein Abschreiben verlangt, sondern einen Bericht, also vielleicht auch einen Zwischenbericht, das ist nicht so formuliert worden. Was ich aber auch festhalten muss, ist, dass die Antrag stellende Person auch kein Gespräch unter vier Augen verlangt hat. Das hat der Gemeinderat so gemacht. Das steht, wie ich das lese, nicht hier drin. Sondern er verlangte, das durchzusetzen. Ein Schreiben und der Gemeinderat hat sich bereit erklärt, das Schreiben natürlich mit einem Gespräch mit dem Gemeinderat zu verlangen. Das ist eigentlich weiter ausgehend, oder, das ist, was der Gemeinderat machen kann. Ich verstehe das und dementsprechend sind diese Gespräche ja ausstehend. Man hat bisher keine Absage oder Zusage erhalten. Gewisse Berichte sind noch ausstehend. Darum kann ich auch, oder kann die SP-Fraktion, diese auf Nicht-Abschreibung sich einigen und kann noch stehen lassen. So lang wir mehr Informationen haben, kann uns der Gemeinderat diese Informationen, sobald wir ein wenig mehr haben zu diesem ganzen Anliegen, auch berichten können. Zeitweise hat in momentan auch unser Landrat Werner Hotz ist auf dieses Anliegen auch eingegangen. Hat genau das Selbe auch noch mit Nachdruck vom Regierungsrat verlangt, damit man genau diese Umweltverträglichkeitsprüfung machen soll. Also auch wir im Landrat sind daran. Wie gesagt, es ist ein schwieriger Weg aber wir kämpfen dort auch weiter.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Wir danken dem Gemeinderat für die drei Antworten zu diesen drei Postulaten. Sie sind ja auch termingerecht so eingegangen. Wir haben jetzt auch sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass diese zwei Termine für die Gespräche bereits feststehen am 12. November 2019 und möchten eigentlich auch diese drei Postulate noch offen behalten, bis die Antwort dieser Gespräche hier sind. Dankeschön.

Martin Münch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir von der FDP sind fürs Abschreiben. Wir finden es toll und auch gut, was der Gemeinderat jetzt gemacht hat. Der Weg ist der richtige. Die Gesprächstermine stehen und ich glaube, wir können ihm jetzt vertrauen, dass diese Gespräche auch stattfinden und uns auch entsprechend berichten wird. Wir glauben nicht, dass es noch mehr benötigt, bezüglich dieser Postulate, die Ueli Keller eingereicht hat. Von daher sind wir eigentlich für das Abschreiben von allen drei Postulaten. Wir sind auch klar für diese Nachtflugsperrung, damit diese strikt eingehalten wird, das finden wir, ist auch ein ganz wichtiger Punkt. Das muss sein und ich glaube, der Gemeinderat setzt sich auch ganz klar dafür ein. Wir haben langsam das Gefühl, Ueli Keller hat ganz, ist wirklich ganz, leistet sehr viel Arbeit in diesem Bereich und wir finden das toll. Das ist auch wichtig, dass das passiert. Aber ich habe, wir haben manchmal das Gefühl, dass es manchmal fast ein bisschen zu viel ist, fast eine Übersättigung vom Ganzen. Ob man das Ganze überhaupt noch Ernst nimmt. Uns ist es wichtig, dass unsere Lebensqualität wirklich gesteigert wird und da haben wir, glaub ich, alle das selbe Interesse. Da müssen wir aufpassen, dass wir nicht einfach zu viel machen, dass es nicht heisst „Jaja, die wieder, die kommen schon wieder, und die kommen schon wieder...“. Dass wir ein bisschen vorsichtig sind, dass man punktuell gute, qualitative Arbeit bringen und wie es der Gemeinderat gemacht hat, mit schon fast drei Terminen, kann man sagen, sagen wir 2 ½ Termine sind da, und dort auch wirklich Einfluss nimmt und das maximal Mögliche rausholt. Wir vertrauen dem Gemeinderat und deshalb sind wir auch für den Abschrieb dieser drei Postulate. Dankeschön.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich will mich hier anschliessen und die SVP ganz klar positionieren. Wir begrüssen nicht nur sondern wir sind definitiv der Meinung, dass das Nachtflugverbot von 23 bis 06 ganz klar, es muss sein, und dass man sicher darum kämpfen muss. Um die ganze Arbeit, die nun der Gemeinderat hat, welche sich der Landrat nun antut, ist natürlich sehr positiv zu betrachten und das begrüssen wir auch. Aber eben, man sollte manchmal auch ein bisschen Luft geben, damit sie auch arbeiten können. Und zu deinem Text, den ich vorher gehört habe, will ich auch noch Eines ergänzen: Ueli, deine Partei macht es uns auch nicht gerade einfach im Greta-Wahnsinn, die Abgaben, die wir jetzt bezahlen müssen von 35 bis 125 Franken pro Flug, hat für uns Allschwiler grundsätzlich ja nur noch negative Folgen, wenn Frankreich lediglich, wenn ich mich nicht täusche, lediglich 1 Euro 30 verlangen, dann ist ja wohl klar, was in Basel Mulhouse geschieht. Wir werden hier schlussendlich mehr Passagiere und mehr Flüge haben. Deshalb ist das vielleicht auch ein Weg, dass man, oder dass du mit Maja Graf ein Paket schnürst und dass sie auch in Bern für unser Anliegen spricht. Dankeschön.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Tschuldigung, nur ganz kurz zum Antrag. Wir unterstützen den Antrag auf Nicht-Abschreibung. Selbstverständlich können wir dem Gemeinderat keinen zwingenden Termin auferlegen, bis wann sie das berichtet haben, also er berichtet immer Zwischenbericht in einem... Geschäftsbericht... besten Dank. Und ich glaube, das könnte man dann auch löschen. Ich weiss gar nicht ob das zulässig ist, das muss das Büro wissen, ob man das macht. Eigentlich der Antrag müsste heissen: Nicht abschreiben und wir warten, bis der Gemeinderat wieder kommt. Besten Dank.

Florian Spiegel, Präsident: Somit liegen keine Wortbegehren vor. Ich stelle die Frage, ob zum Traktandum 2, Geschäft 4458 A abschnittsweise Beratung erwünscht wird. Das ist nicht der Fall. Beim Traktandum 3, Geschäft 4459 A abschnittsweise Beratung? Das ist ebenfalls nicht der Fall. Und bei Traktandum 4, Geschäft 4460 A, dort abschnittsweise Beratung? Das ist nicht der Fall. Dann zum weiteren Vorgehen. Wir werden über jedes Geschäfts einzeln abstimmen lassen. Damit es keine Verwirrung gibt, sollte der Einwohnerrat ein Geschäft als erledigt abschreiben wird gleich anschliessend die Schlussabstimmung über dieses Geschäft durchgeführt. Vorbehalten Sie lehnen natürlich nicht ab, dann entfällt auch die Schlussabstimmung.

Als erstes **Traktandum 2**, zum **Geschäft 4458 A**

Beantwortung des Postulats von Ueli Keller, Grüne, betreffend „Aneluege und luege, dass gluegt wird... vom Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft“ (Flugverkehr I), Seite 4, Antrag: «Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen: 3.1 Das Postulat, Geschäft 4458, wird als erledigt abgeschrieben.»

Wer dem Gemeinderat folgen möchte, bezeugt dies jetzt mit der Karte. Bitte auszählen. Wer dieses Postulat nicht abschreiben möchte, bezeugt dies jetzt mit der Karte. Enthaltungen? Wir haben eine Differenz.

Wir zählen noch einmal aus. Diejenigen, welche das Postulat abschreiben möchten und dem Gemeinderat folgen, bezeugen das jetzt mit der Karte. Wer dagegen ist, dass man es stehen lässt, mit Karte bezeugen! Enthaltungen?

://: Sie haben dieses Postulat mit 12 Ja zu 19 Nein bei einer Enthaltung nicht abgeschrieben. Damit entfällt die Schlussabstimmung.

Wir kommen zum Traktandum 3, Geschäft 4459 A

Beantwortung des Postulats von Ueli Keller, Grüne, betreffend „Aneluege und luege, dass gluegt wird... vom Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt“ (Flugverkehr II), Seite 4, Antrag: „Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen: 3.1 Das Postulat, Geschäft 4459, wird als erledigt abgeschrieben.“

Wer dem zustimmen möchte, bezeugt dies jetzt mit der Karte. Auszählen bitte. Wer dieses Postulat nicht abschreiben möchte, bezeugt das jetzt mit der Karte. Enthaltungen?

://: Sie haben dieses Postulat ebenfalls bei 12 Ja mit 19 Nein bei einer Enthaltung nicht abgeschrieben. Somit entfällt auch diese Schlussabstimmung.

Zu Traktandum 4, Geschäft 4460 A

Beantwortung des Postulats von Ueli Keller, Grüne, betreffend „Aneluege und luege, dass gluegt wird... vom Schweizerischen Bundesrat“ (Flugverkehr III), Seite 4, Antrag: „Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen: 3.1 Das Postulat, Geschäft 4460, wird als erledigt abgeschrieben.“

Wer dem zustimmen möchte, bezeugt dies jetzt mit der Karte. Wer dieses Postulat nicht abschreiben möchte, bezeugt das jetzt mit der Karte. Enthaltungen?

://: Sie haben dieses Postulat nicht abgeschrieben bei 11 Ja zu 20 Nein bei einer Enthaltung. Somit entfällt auch diese Schlussabstimmung.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Mich freut natürlich das Ergebnis. Ich investiere wirklich sehr viel in dieses Thema und ich bin auch über den Hinweis froh, dass man auch übertreiben kann. Das frage ich mich manchmal, immer wieder. Aber auf der anderen Seite ist wahnsinnig viel nötig, um diese Bewegung aufrecht zu halten. Es ist wahnsinnig. Das ist unglaublich, wie festgefahren es ist. Jetzt, zum Schluss, ich möchte jetzt nicht mein Antrag stellen, aber vielleicht könnte doch die Gemeindepräsidentin, die das Geschäft vertritt, eine Grössenordnung benennen, wann diese Gespräche etwa stattfinden könnten und man einen Bericht über das Ergebnis erhalten könnte, ungefähr. Wenn das möglich ist. Bitte, nicht im Sinn eines Antrags, sondern im Sinn einer Bitte.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Lieber Ueli, dieser Bitte, wenn du schon so nett bittest, komme ich natürlich gerne nach. Ich habe ja vorher gesagt, am 12. November 2019 sitzen wir mit dem Regierungsrat Basel-Landschaft und Basel-Stadt zusammen. Das Datum kann ich selbstverständlich nennen. Wann wir danach schriftlich was haben, was dort genau alles besprochen wurde und in welche Richtung es in Zukunft gehen sollte, kann ich schon als Erstes nicht sagen. Was ich auch nicht sagen kann, wann das Gespräch mit Bundesrätin Sommaruga stattfinden soll, weil wie gesagt, sie hat uns jetzt noch ein bisschen vertröstet, weil sie das Ergebnis des BAZL abwarten will. Und deshalb kann ich da keinen Termin nennen, wann dieses Gespräch stattfindet. Und deshalb, denke ich, man muss dieses Thema einfach mal so stehen lassen. Der Gemeinderat, ich habe es vorher gesagt, wir sind daran, ich glaube wir haben mehrfach schon bewiesen, dass wir bei diesem Thema enorm daran sind. Auch wir arbeiten enorm viel in diesem Thema. Es ist nicht das einzige, das wir zu bearbeiten haben. Ich sage es noch einmal: wir sind daran, wir machen das Beste und wir werden wieder kommen, sobald wir mehr wissen.

Florian Spiegel, Präsident: Besten Dank, Frau Gemeindepräsidentin.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Interpellation von Mark Aellen und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 10.04.2019, betreffend Leistungsausweis kommunale Energiepolitik
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4455 / A

Florian Spiegel, Präsident: Zuerst hat das Wort der Interpellant. Da Mark Aellen nicht da ist, nehme ich an, das ist Etienne Winter.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Gemeinderat. Marc Aellen und ich haben uns zum Thema Energiepolitik auf der Gemeinde ein bisschen angenommen, auch aufgrund der Aktualität. Wir sind mal ins Archiv forschen, er ist schon etwas länger dabei gewesen im Einwohnerrat als ich. Er konnte mir ein paar Hinweise geben können, was in dieser Sache in Allschwil schon gelaufen ist. Wir haben diverse Vorstösse gehabt, ganze Liste, es waren alles so einzelne Massnahmen, welche sich sehr bewährt haben und der Gemeinderat auch wohlwollend aufgenommen hat. Wir waren uns aber schnell der Meinung, dass es für die zukünftige, politische Arbeit klar Sinn machen würde, wenn wir das Ganze ein bisschen zusammennehmen könnten und ein Papier bringen könnten, damit eben die beiden Instanzen auch einen Überblick über diese Sache hat. Diese Zusammenfassung ist unserer Meinung nach gut gelungen und zeigt auch auf, dass unser Gemeinderat wie auch die Verwaltung in Sachen zukunftsgerichteter Energiepolitik bestrebt ist. Für diesen Einsatz und das Bewusstsein dankt die SP-Fraktion dem Gemeinderat und wir sind auch gerne bereit, mit dem Gemeinderat weiterhin dankend und arbeitsintensiv tatkräftig zu unterstützen. Wir haben doch noch ein inhaltliches Anliegen zu diesem Papier der SP-Fraktion. Die Energiepolitik ist stark mit der Umweltpolitik verbandelt. Wie sicherlich alle mitbekommen haben, hat sich ja der Bundesrat als Klimaziel verschrieben, bis spätestens im 2050 beim CO₂-Ausstoss bei netto Null zu sein. Damit das doch ambitionierte Ziel des Bundesrates aber auch erreicht werden kann, braucht es ein Umdenken und eine Leistungsanstrengung nicht nur von mir, nicht nur von uns allen, sondern eben auch von der Gemeinde Allschwil. Auf Seite 10, bei der Frage 5, muss die SP-Fraktion aber feststellen, dass von der ursprünglichen sieben energiepolitischen Massnahmen im gemeinderätlichen Leitbild noch eine Bestand hielt. Die Massnahme fossile Energieträger möglichst durch erneuerbare zu ersetzen wie auch die Einführung von Energiezielen sind vom Gemeinderat gestrichen worden. Die Massnahmenfeststellung der Gebäudestandards von Gemeindeliegenschaften, der Erwerb von Energiestandardlabel, die Reduktion CO₂-Ausstoss von gemeindeeigenen Fahrzeugen um rund 30 % und die Realisierung von einem Finanzierungsinstrument für Energiesparmassnahme bei Gemeindegebäuden sind auf die nächste Planungsperiode verschoben worden. Aufgrund dieser erstaunlichen gemeinderätlichen Entscheiden, muss sich die SP-Fraktion die Frage stellen, ob der Gemeinderat vielleicht die Zeichen der heutigen Zeit verkennt. Wie positioniert sich der Gemeinderat zum Bundesratziel Netto Null 2050? Wie kann der Gemeinderat den Bundesrat dabei zu unterstützen? Welche Gründe liegen hinter diesen Verschiebungen oder gar Verwerfungen von doch zukunftsorientierten Massnahmen? Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, man kann also unschwer erkennen, die vorliegende Zusammenfassung im Bereich kommunaler Energiepolitik bietet genug politischen Zunder für weiteres konstruktives Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Einwohnerrat. Die SP-Fraktion nimmt sich dem gerne an und freut sich über jegliche zwischenparteiliche Zusammenarbeit, um eben in dieser Sache zukunftsgerichtet weiter kommen zu können. Besten Dank.

Florian Spiegel, Präsident: Herr Hofmann ist nicht anwesend. Wem vom Gemeinderat darf ich das Wort geben?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende, liebe Interpellanten. Etienne, du hast nun den ganz heiklen Punkt angesprochen, so wie ich dich kenne, machst du dies natürlich hervorragend, dass wir nicht alle Ziele in einem Jahr erreichen konnten. Genau das ist ja dein Punkt, worauf du den Daumen gehalten hast. Das ist so. Das ist eine Tatsache, aber ihr habt ja gesehen, alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben gesehen, wir haben ja diesen Massnahmenplan euch vorgelegt. Nicht nur im Bereich Energie. Wir haben viele andere Bereiche, in welchen wir auch Massnahmen definiert haben. Wir mussten das alles zusammen mit der Verwaltung in einer Zeitachse hinkriegen, so dass wir nicht alle überfordern, nicht nur den Gemeinderat oder den Einwohnerrat, sondern v.a. letzten Endes auch die Verwaltung, welche diese Massnahmen am Schluss auch ausführen muss. Das ist ganz einfach der Punkt. Wir können nicht alles in einem Jahr machen. Selbstverständlich werden wir aber die Energieplanung, resp. die Energiethematik, die Umweltthematik ist für den Gemeinderat ein ganz wichtiges Anliegen. Das darf ich an dieser Stelle noch mal definieren. Ich habe gedacht, du kommst vielleicht noch einmal auf das Thema Energielabel, oder ihr kommt noch einmal auf das Thema Energielabel. Dazu darf ich sagen, das Energielabel als Label als formelles Papier ist dem Gemeinderat nach wie vor nicht wichtig. Uns ist es wichtig, lieber Energiepolitik aktiv zu betreiben, lieber Taten statt Worte, wie man so schön sagt, und ich denke, wir sind hier auf einem ganz guten Weg, auch wenn der Gemeinde Allschwil, wenn man die Antwort zur Frage 3 anschaut, dort wo ja der Leistungsausweis bezogen auf 2017 definiert ist, dann sieht man, wir sind wirklich auf einem guten bis sehr guten Weg. In fünf von sechs Bereichen liegen die umgesetzten Massnahmen nahe bei 50 % oder sogar darüber. Nur in einem Bereich haben wir schlechter als 50 % abgeschnitten, und dies weil das Energiebuchhaltungstool zu dieser Zeit im 2017 fehlte. Heute haben wir das. Ich bin davon überzeugt,

wenn wir das heute noch mal machen würden, wären wir auch in diesem Bereich besser. Ich sage, wir sind auf einem guten Weg und es ist uns auch wichtig, auf diesem guten Weg zu sein. Du hast es so formuliert, zukunftsgerichtete Energiepolitik ist der Gemeinderat bestrebt, das hätte man gesehen. Ich würde es anders definieren. Ich würde sagen, wir sind auf einem guten Weg und wir werden diesen Weg sicher weiter beschreiten. Vielen Dank.

Florian Spiegel, Präsident: Wenn kein Gegenantrag vorliegt, würde die Diskussion stattfinden. Es liegt keiner vor, von daher wäre die Diskussion eröffnet.

://: Ich sehe keine Wortmeldung. Somit gilt diese Interpellation als beantwortet und erledigt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Interpellation von Henry Vogt, SVP-Fraktion, vom 02.05.2019, betreffend
Bevölkerungswachstum Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4462 / A

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Als ich vor ein paar Wochen, oder Monaten unterdessen, es sind etwa vier, fünf Monate her, von dieser Grossüberbauung am Allschwilerweiher mit 180 Wohneinheiten gelesen habe, ich glaube, sogar im Radio gehört habe, habe ich gedacht, wow, plus / minus 500 neue Einwohnerinnen und Einwohner bei uns in Allschwil. Schön. Dann sind wir ja bereits etwas über 22'000. Nach Adam Riese heisst das, dass noch etwa 1'000 spatzig bleiben. Etwa 1'000 für die von uns Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Durchgewinkten 23'000 Einwohner im Jahre 2030. Das haben wir im Mai 2017 aus dem Leitbild zur Kenntnis genommen. Nach einer grossen Diskussion. So ist meine Interpellation entstanden. Ich war gespannt wie ein Flitzebogen auf diesen Bericht, denn die Tragweite und die Wichtigkeit des Wachstums unserer Bevölkerung ist riesig. Das ist ein Thema, welches uns nicht nur in den nächsten Jahren begleiten wird. Es wird uns die nächsten Jahrzehnte begleiten. Und je mehr man sich einliest ins Ganze, umso grösser wird dieses Thema. Und dann nach vier Monaten, lese ich die 2 ½ Seiten des Gemeinderatsberichts und bin eigentlich, milde ausgedrückt, enttäuscht. Ich fühle mich in diesem Bereich für dieses Thema nicht ernst genommen oder vielleicht nimmt der Gemeinderat dieses Thema nicht ganz ernst oder vielleicht ist es dem Gemeinderat nicht ganz bewusst, wie ernst dieses Thema ist. Im Bericht wird das REK wie eine Bibel behandelt. Es ist eine fundierte und seriöse Entscheidungsgrundlage bezüglich der Bevölkerungsentwicklung in Allschwil. That's it. Aus diesem Grund sind auch meine Fragen ganz einfach nicht beantwortet worden. Das REK sei verlässlich, das REK und der Gemeinderat meinen, meine Annahme sei unrealistisch und meine Szenarien seien obsolet und genau deshalb gibt es keine Antwort. Wie unrealistisch meine Annahmen sind, will ich euch in zwei Beispielen aufzeigen. Beispiel Nr. 1 ist das Basel Link-Areal am Bachgraben. Beim Anlass Wirtschaftsförderung Allschwil vor ein paar Wochen haben Experten prognostiziert, und das sind jetzt nicht meine Berechnungen, Experten haben das prognostiziert, dass Allschwil 1'000 neue Wohneinheiten benötigen wird, um den Zuwachs dieses Areals bewältigen zu können. 1'000 neue Wohneinheiten bedeuten 2 bis 3'000 neue Einwohnerinnen und Einwohner für Allschwil. Die 23'000 des Leitbilds sind also bereits kurzfristig massiv überschritten. Übrigens 50 % dieser Parzellen sind bereits belegt, wenn nicht unterdessen noch mehr, und das findet jetzt statt. Es ist nicht passé und es ist nicht in weiter Zukunft. Das passiert genau jetzt. Um Ihnen hier eine Grössenordnung zu verbildlichen. Wir reden über 70'000 m2 neue Wohnfläche. Bei einer Wohnung Grössenordnung 100 m2 reden wir von ca. 700 Wohnungen, die wir benötigen. Im Vergleich zum Allschwiler Weiher mit 180 Wohneinheiten, bei dem ich ja bereits erschrocken bin, sind das natürlich komplett andere Dimensionen. Das zweite Beispiel kommt auch nicht von mir. Gerne zitiere ich aus dem Protokoll vom 17. Mai 2017, das war vor zwei Jahren. Dort hat Rahel Balsiger von der FDP-Fraktion gesagt, Zitat: „Wenn wir auf 23'000 kommen wollen, dann haben wir die heute bekannten Quartierpläne, die noch nicht umgesetzt sind, aber noch umgesetzt werden: Wegmatten ungefähr 400 Personen, Winzerweg ungefähr 100 Personen, Sturzenegger-Areal ungefähr 200 Personen, Heuwinkel 300 Personen und schliesslich Allschwiler-Weiher mit 1'000 Personen. Damit werden wir die ungefähr 23'000 Einwohner bereits erreicht haben.“ Dieses Beispiel prognostiziert 2'000 neue Einwohnerinnen und Einwohner plus die 21'500, also haben wir die 23'000 auch schon wieder durch. Und bitte nicht vergessen, dass das natürliche Bevölkerungswachstum mitberücksichtigen dürfen. Gemäss Bericht sind dies 0,72 % pro Jahr. Dies entspricht im Moment ca. 150 Einwohner. Nicht einmal der Trend der letzten 10 Jahre von 1,15 % wird vom Gemeinderat oder vom REK berücksichtigt. Das sind im Jahr auch wieder ein Unterschied von 100 Personen. Auch hier, würden wir ein paar Jahre das natürliche Wachstum

anschauen, haben wir die 23'000 auch schon wieder locker erreicht. Der Gemeinderat rechnet mit 0,72 % gemäss Richtplan Basel-Landschaft. Das steht auch im Bericht. Über alle Gemeinden im Kanton gesehen, d.h. wir werden mit einer Gemeinde wie z.B. Häfelfingen mit 280 Einwohner verglichen. Wir als grösste Gemeinde des Kantons! 0,72 %, obwohl das Raumkonzept Basel-Landschaft aussagt, dass Allschwil im Verdichtungsraum liegt, d.h. in diesem Gebiet, in welchem überproportional gebaut wird, um ländliche Räume zu entlasten. Das steht auch im Bericht. Als Beleg hierzu zitiere ich gerne auch das REK auf Seite 38: „Im regionalen Raumkonzept Leimental wird Allschwil hier eine gewisse Sonderrolle zuteil. Dort sollen städtebauliche und funktionale Akzente gesetzt und soweit möglich bestehende Reserven aktiviert werden.“ Also Druck von oben. Ein weiterer Beweis, Begründung für das erhöhte Bevölkerungswachstum, das wir haben, steht im REK selber auf Seite 14: „Für die zukünftige Entwicklung ist besonders die Bauphase zwischen 1945 und 1990 relevant. Die Gebäude dieser Periode machen mehr als die Hälfte der Allschwiler Wohnbauten aus und es mit Renovierungsbedarf und Umstrukturierungen zu rechnen.“ D.h., jetzt werden genau diese Häuser, wir reden von der Hälfte der Allschwiler Wohnbauten, jetzt werden diese Häuser umgebaut, renoviert und umstrukturiert. Da möchte ich gerne das Beispiel anfügen aus meiner Interpellation, das Haus meines Nachbarn, eine Familie raus, vier kommen rein. Auch dies ist momentan Realität. Also, lasst uns doch ganz banal diese drei zusammenrechnen. Beispiel 1 2'000 Einwohner, Beispiel 2 noch einmal 2'000 und nehmen wir noch das natürliche Bevölkerungswachstum 1'000. Dies macht ca. 5'000, aber wir wollen ja nicht so streng sein und halbieren diese 5'000, d.h. 2'500 plus 21'500, macht summa summarum auch wieder 24'000 kurzfristig in den nächsten ca. fünf Jahren. Das sind nicht die 23'000 im 2030! Und wir haben z.B. den Masterplan Binningerstrasse noch gar nicht berücksichtigt. Sind diese Annahmen wirklich unrealistisch? Ist dieses Szenario, das ich beschreiben, obsolet? Oder wird es vom Gemeinderat nicht wirklich ernst genommen? Wir haben im Moment ein strukturelles Defizit, d.h. unser Haushalt ist überlastet. 2023 rechnen wir mit 88 Mio. Franken schulden. Pro Kopf-Verschuldung steigt in den nächsten Jahren bis auf 4'500. Und nicht vergessen, wir kommen von einem Pro Kopf-Vermögen und weil die Kantone ihre Last nicht auf den Bund abschieben können, versuchen sie, diese auf die Gemeinden zu verlagern. Dies sind vor allem Kosten in Bildung, Sozialpflege. Das kennen wir ja. Und in Allschwil unsere Investitionen haben massiven Nachholbedarf. Da kann ich ja den Begriff Investitionsstau in die Runde geben. Das wurde letzts sehr oft genannt. Man muss ganz klar sehen, die Finanzen unserer Gemeinde sind in den letzten Jahren etwas aus dem Lot geraten. Und das müssen wir ändern. Denn ein starkes Wachstum erhöht auch noch einmal die Ausgaben für unsere Infrastruktur und unseren Gemeindehaushalt. Je grösser das Wachstum umso massiver auch die Ausgaben. Um zwei Grossprojekte zu nennen, ein neues Schulhaus benötigen wir und wir werden, wenn wir so weiter wachsen, auch unsere Verwaltung erweitern müssen. Im Moment haben wir einen Verwaltungsmitarbeiter pro 100 Einwohner. Es kommen uns locker schnell einmal 30 bis 50 Mitarbeiter hinzu, es braucht auch dort noch Platz. Übrigens steht im Leitbild unter Stossrichtung beim Wohnen, das Bevölkerungswachstum ist weitgehend auf Infrastrukturangebote abzustimmen und nicht wie es jetzt passiert umgekehrt. Trotz bester Wirtschaftslage, Innovationspark usw. generieren wir nicht genug Gewinn, um genau dieses Wachstum abzufedern. Zum Schluss möchte ich diese Problematik gerne noch mit einem Baum in meinem Garten veranschaulichen. Ich habe tatsächlich einen Baum in meinem Garten. Eine japanische Hochstammweide. Dieser wächst oben ganz schön gross, grün und dicht aber bildet unten nicht genügend Wurzeln aus. Und d.h. wegen des Gewichts gerät er langsam in Schiefelage und wie es der Zufall will, hat sich noch so ein Käfer eingenistet, der Moschuskäfer. Dieser durchlöchert den Stamm von innen. In ein bis zwei Jahren wird dieser von alleine umfallen und ich kann ihn entsorgen. Genau so sehe ich das Bevölkerungswachstum in Allschwil im Moment. Einfach ohne Käfer. Oberflächlich, oben wachsen wir grün und saftig, aber wir vernachlässigen dabei unsere Wurzeln. Unsere Wurzeln sind übrigens auch im Leitbild unter Finanzen: „Allschwil weist langfristig einen ausgeglichenen Finanzhaushalt aus.“ Aber zum Käfer würde ich trotzdem noch einmal zurück kommen, denn der Käfer könnte bei uns auf der Gemeinde sein. Die Abwanderung von Unternehmen kann passieren, wenn die Verkehrsverbindungen zum Beispiel nicht mehr ganz passend sind oder wenn Steuerzahler nicht im gewünschten Ausmass zu uns kommen. Ein starkes Wachstum kann genauso das Risiko bewirken, dass die guten Steuerzahler schliesslich untervertreten sind. Und...

Florian Spiegel, Präsident: Herr Vogt, und ich möchte Sie darauf hinweisen, dass im Reglement eigentlich steht, dass man sich doch zügig daran halten soll, mit der Antwort der Interpellation und bei allem Zutun zu Ihrem Votum und Ihrer Unterstützung möchte ich Sie nun trotzdem bitten, zum Ende Ihres Votums zu kommen.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Ja, ich habe nur noch eine Minute. Also, gute Steuerzahler untervertreten heisst natürlich, dass auch staatliche Leistungen übervertreten werden, was zu steigenden Sozialhilfekosten führen kann. Kurz noch, die SP-Fraktion hat dannzumal am 17.5. auch ein Votum abgegeben. Das war Andreas Bammatter, Zitat: „Hier ist es wichtig, dass wir heute die Marke 23'000 Einwohner bis ins Jahr 2030 zur Kenntnis nehmen. Dies ist eine bedeutende Leitzahl für künftige

Entscheide zum Beispiel für Bautätigkeiten, Infrastruktur, Freiräume usw. Die SP wird das Leitbild zur Kenntnis nehmen und auch ein Auge auf die Ziele, Stossrichtung und Massnahmen haben.“ Liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Jetzt um zum Schluss zu kommen: genau jetzt ist die Zeit, in der wir mal die Augen aufmachen, denn wir tragen die Verantwortung für das Bevölkerungswachstum. Wenn etwas schief läuft, wird auf uns gezeigt, wir haben dann gesagt, wir haben dann entschieden, wir haben dann schlussendlich bewilligt. Wenn wir jetzt konsequent sind, dann sollten wir per sofort keinen weiteren QP mehr durchwinken, bis der Gemeinderat uns einen realistischen Weg für die nächsten Jahre aufzeigt. Wir 40 hier haben es in der Hand, die Verantwortung.... einen Satz....

Florian Spiegel, Präsident: Herr Vogt, Ihre Minute ist definitiv vorbei. Ich frage Sie nun öffentlich an, sind Sie mit der Beantwortung der Interpellation einverstanden oder nicht?

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Ich hoffe, ich habe darlegen können, wie wichtig das Thema ist und ich hoffe, ich habe auch darlegen können, wie unbefriedigend die Antwort dieser Interpellation ist. Ich habe geschlossen.

Florian Spiegel, Präsident: Gut, ich nehme zur Kenntnis, Sie sind nicht einverstanden mit der Antwort. Das Wort hat Gemeinderat Christoph Morat.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, lieber Henry Vogt, ich wurde auch schon gerügt, weil ich zu lange gesprochen habe. Deshalb halte ich mich jetzt hier kurz. Ich muss feststellen, dass, ja, man ist nicht immer einverstanden mit diesen Antworten, die man erhält, das beginnt schon in frühester Jugend und endet auch offenbar nicht im Einwohnerrat, wenn man aufgezeigt bekommt, wie sich eine andere Behörde und andere Leute mit dem Thema befassen. Wir konnten in der Beratung des REK und wir konnten in den Beratungen des Masterplans Binningerstrasse und in der Veröffentlichungsarbeit haben wir ziemlich aufgezeigt, dass wir uns mit diesem Thema befassen. Wir haben uns auch schon mit dem Leitbild befasst, wir haben damals Massnahmen definiert und schon nur, dass wir uns im Leitbild mit diesem wichtigen Thema Wohnen, Arbeiten, Bevölkerungswachstum, Infrastruktur etc., dass wir uns damit befassen, müsste eigentlich aufgezeigt, dass wir das sicher nicht fahrlässig oder auf die leichtere Schulter nehmen. Wir haben ganz viele Überlegungen angestellt und diese Fragen und Anregungen, die Sie hier gestellt haben, die sind natürlich auch bei uns nicht ganz neu. Auch wir haben im Gemeinderat, den Fachplanern und den Fachleuten auf der Verwaltung ebensolche Fragen gestellt und diese wurden für uns befriedigend beantwortet und deshalb lade ich Sie ein, kommen Sie mal zu uns auf die Gemeindeverwaltung, wir machen einen Termin ab mit Adrian Landmesser, mit Jürgen Johner, das sind die verantwortlichen Fachleute bei uns auf der Gemeinde. Dann können wir Ihnen im kleinen Rahmen einige Dinge erzählen, wie wir uns damit befassen und mit welchen Fragestellungen wir uns tatsächlich auch auseinandergesetzt haben.

Auch noch der letzte Satz, bevor wir dann vielleicht in die Pause gehen. Allschwil ist beliebt, beliebt für Wohnen, Gewerbe und Arbeit. Wir hatten letztes Jahr ein Fünfjahres-Hoch mit Baubewilligungen und wir sind jetzt Stand Mitte Oktober bereits wieder auf dem selben Stand wie letztes Jahr. Also wir sind uns klar bewusst, es wird gebaut in Allschwil, ja, und es wird umgebaut und saniert. Es ist allerdings auch nicht gleich so, dass es explosiv, oder vielleicht haben Sie auch gemeint exponentiales Wachstum. Weil, explosionsartig kann man ja nicht wachsen, weil da ist ja immer gleich viel Materie hier und die bricht dann einfach auseinander. Aber Sie haben ja die Befürchtung, dass die Materie viel, viel grösser wird. Der Gemeinderat ist klar nicht der Meinung, dass die Materie immer grösser wird, oder dass Allschwil einmal

explodiert. Sondern wir haben klar mit dem REK und den verschiedenen Gedankensprüngen, bei denen wir natürlich einen Wissensvorsprung haben, das ist so, sind wir eigentlich der Meinung, wir sind gut gerüstet für die Herausforderungen der Zukunft. Deshalb lade ich Sie wirklich ein, damit wir das in kleinem Kreis noch besprechen können. Der Gemeinderat kann keine andere Antwort geben als das. Wir sind nach wie vor überzeugt, das REK ist das richtige Instrument. Und bereits im Jahr 2023 werden Sie über das entsprechende Zonenreglement befinden und auch dieses ist aufgebaut, selbstverständlich, auf das REK.

Habe ich was vergessen? Vielleicht noch schnell das zum Leitbild. Ja, wir haben im Leitbild 23'000 im Jahr 2030 geschrieben. Wir müssen ja irgend eine Zielgrösse haben. Aber wie gesagt, das ist eine Zielgrösse, das ist nicht sakrosankt. Sie haben in Ihrem flammenden Appell an den Gemeinderat vorher erwähnt, dass der Einwohnerrat diese 23'000 bewilligt habe. Hat er nicht. Er hat es zur Kenntnis genommen. Wir nehmen das natürlich auch zur Kenntnis, dass Sie in grosser Sorge sind, dass das schon früher erreicht sein könnte. Wenn es früher erreicht wird, dann werden wir selbstverständlich die Infrastruktur anpassen müssen. Wir sind aber wirklich davon überzeugt, dass die jetzige Infrastruktur völlig genügend ist, für die nächsten paar Jahre, mindestens bis ins 2030. Sollten wir Bildungsinstitutionen wie z.B. ein weiteres Schulhaus oder eine Schulhaussanierung wie in Neuallschwil ansteht, wenn wir das machen müssen, dann sind das nicht nur Gründe des Bevölkerungswachstums,

sondern auch die Gründe der Bildung, des Bildungshintergrunds, in welchem einfach andere Anforderungen stellt, als eine Schule wie zu Pestalozzis Zeiten. Also wir haben heute ganz andere räumliche Bedürfnisse in einer Schule, und auch das ist mit ein Grund, weshalb wir mehr Schulraum benötigen. Jetzt habe ich glaube ich alles gesagt.

Florian Spiegel, Präsident: Dankeschön. Ich muss noch Gemeinderat Christoph Morat der Illusion berauben, dass sein Schlusswort automatisch der Beginn der Pause ist. Wenn nämlich kein Gegenantrag zur Diskussion vorliegt, was mir nicht der Fall zu sein scheint, wäre jetzt nämlich noch die Diskussion eröffnet. Und aufgestreckt hat schon Etienne Winter.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Henry. Ich ging hier in der Sek zur Schule. Dort haben wir die Schulkarte des Kantons Basel-Stadt, Basel-Landschaft erhalten. Dort hat es prominent ein Foto drin, 1880, wie Allschwil ausgesehen hat und 1980, wie Allschwil ausgesehen hat. 1880 stand zwischen Lindenplatz, wo damals vielleicht 20 Häuser waren, und dem Dorf eine Kirche. Mittlerweile ist es eine Kapelle. Mittlerweile muss man diese suchen, damit man sie findet. Jetzt sieht es anders aus. Wenn ich dein Votum zur Kenntnis nehme, dann hast du lieber Fall 1880 als 1980. Hätte man vor 200 Jahren diskutieren können. Das ist realitätsfern. Deine Interpellation geht von mir aus etwas in die falsche Richtung. Die einzige Frage, die du stellst, geht auf die absolute Einwohnerzahlgrösse. Die ist für mich recht wenig aussagekräftig. Es spielt für mich persönlich überhaupt keine Rolle, ob Allschwil 25'000, 28'000 oder 30'000 Einwohnerinnen und Einwohner aufzählt. So what? Viel interessanter war doch die Frage an den Gemeinderat, ob dieses Wachstum auch mit der Lebens- und Wohnqualität mitgeht. Ein reines Bevölkerungswachstum sagt überhaupt gar nichts über das aus, über die Wohn- und Lebensqualität. Eine Zunahme einer quantitativen Wohnbevölkerung kann auch mit einer Zunahme der Lebensqualität einher gehen. Das beisst sich überhaupt nicht. Die Frage der Qualität des Bevölkerungswachstums beschäftigt die SP-Fraktion ja schon länger. Gerade im Hinblick auf die Revision des Zonenreglements, das bald kommt, Siedlung, d.h. sind wir dafür verantwortlich? Müssen wir uns diesen Fragen stellen? Wie du gesagt hast, wie wollen wir weiter? Wie weit soll es gehen? In den 70-er und 80-er Jahren gab es Baupläne, Allschwil 60'000 Einwohner. Rauf bis zum Wasserturm bauen. Da sind wir nicht dabei. Davon kamen wir weg. Das ist nicht mehr das Ziel. Das wollen wir auch nicht. Es soll ein qualitatives Wachstum sein. Eine Grundsatzdiskussion über das absolute Bevölkerungswachstum liegt fern ab der Realität. Andere Gemeinden ächzen über Abwanderung ihrer Bevölkerung und liebäugeln neidisch auf Allschwil, was hier geht. Wachstum ist per se nicht schlecht, aber eben, die Qualität muss im Vordergrund stehen. Deshalb hat ja auch die SP-Fraktion, wenn du uns anschreibst, auch das Anliegen des Gemeindeentwicklungskonzepts in Rat gebracht. Das REK, das Gemeindeleitbild haben wir hier voran getrieben. Das Selbe auch mit dem Freiraumkonzept. Uns ist eben diese Entwicklung wichtig, damit die Qualität vorhanden bleibt. Und eben auch, dass es bestmöglichst politisch begleitet wird von uns. Andreas Lavicka und ich widmen uns momentan diesem Thema, mit einem Vorstoss, den wir ausarbeiten, über die Wohnraumstrategie Allschwil, in welchem genau dieser qualitative Wohnraumbau und die Frage der Wohnungsart im Zentrum stehen soll. Gerade im Hinblick zur Sache, Zonenreglement, wie gehen wir da weiter. Aufzonen lieber nicht, wir sehen uns diesen eher ein bisschen restriktiv, dass wir denken, wir müssen hier ein bisschen bremsen. Lange Rede, kurzer Sinn: du bist gerne eingeladen, mit uns zwei zusammen das auszuarbeiten und dann können wir dies zusammen hier vertreten. Wir sehen es einfach so, Allschwil wächst, Allschwil verurbanisiert sich, ob man das nun gut oder schlecht findet, wir sind ein bisschen zu spät, um dies zu realisieren oder zu ändern, aber wir können trotzdem noch Einfluss nehmen.

Dann muss ich trotzdem noch auf gewisse Dinge kommen. Du sagst Abwanderung von Unternehmen. Ich glaube, das Gegenteil ist der Fall. Du sagst Steuersubstrat wird schwierig. Der Fireko-Präsident hat hier mehrfache Statistiken aufgezeigt, dass mit der Zuwanderung auch das Steuersubstrat hier hin kommt. D.h. die Personen, die hier nach Allschwil ziehen, sind nicht jene, die bei dir, wie du vorhin gesagt hast, vielleicht bei der Sozialhilfe enden. Genau. Das wollte ich dir noch auf den Weg mitgeben. Wie gesagt, wir können dies zusammen in Angriff nehmen. Es ist ein wichtiges Thema, wie du sagst, aber es geht nicht um die absolute Zahl, mir ist es egal, ob es 25'000 oder 30'000 sind. Aarau ist kleiner als wir. Da finde ich aber, Zentrumsfunktion genau so. Allschwil ist ein grosser Nutzniesser von Basel, man lebt hier und genießt das Leben dort. Also kann man auch Basel Dankeschön sagen.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer. Zwei Feststellungen: Erste Feststellung die Macht der Zahlen. Es ist immer so, die Zahlen, die genannt werden, nimmt man und versucht, sich daran aufzuhängen. Ich kann mich in weiten Teilen dem Vorvotum von Etienne Winter anschliessen. Wichtig sind nicht die Zahlen, wichtig sind die Massnahmen, die man definiert, wenn man diese Zahl nicht erreicht oder wenn man diese Zahl übertrifft. Und dass man kontrolliert, in welche Richtung es geht. Ich denke mit dem REK und der Ausarbeitung des Zonenplans sind wir jetzt auf dem richtigen Weg und

untersuchen es vertieft und begleiten. Da habe ich eigentlich das volle Vertrauen. Die zweite Feststellung, der Florian Spiegel, unser Einwohnerratspräsident, hat es ja in seinem Schreiben gesagt, er werde zusehen, dass im Einwohnerrat kein Wahlkampf betrieben wird. Wenn ich nun diese zwei Voten höre, einerseits jene der SVP und das Gegenvotum der SP, muss ich sagen, ja man merkt, die Einwohnerratswahlen lohnen.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Nein, der Wahlkampf hat bei mir auf jedenfalls noch nicht begonnen. Also. Ich bin auch mit Etienne absolut einverstanden. Ich bin auch für ein qualitatives Wachstum. Ich bin genauso nicht dagegen, dass wir grösser werden, ob 25', 28' oder 30'000. Es geht im Moment um unsere wirtschaftliche Lage, die wir haben, um die Geschwindigkeit, in welcher dies geschieht, und dies beeinträchtigt dann die Qualität sicher. Darauf will ich aufmerksam machen beim Ganzen. Die Abwanderung von Unternehmen, das war ein Beispiel, wo der Käfer sein könnte. Muss ja nicht. Aber es geht um die Zeit, dass wir jetzt in extrem grosser Geschwindigkeit wachsen oder vorhaben zu wachsen mit all diesen Quartierplänen, Überbauungen usw., die auf uns zukommen. Und dort müssen wir schauen, eben wie es im Leitbild steht, das Bevölkerungswachstum soll sich dem Infrastrukturangebot anpassen und nicht umgekehrt. Aber gerne komme ich auch einmal zu euch hinzu oder höre mal beim Gemeinderat rein. Dankeschön.

Florian Spiegel, Präsident: Ich danke Andreas Bärtsch für seine persönlichen, warmen Worte und stelle fest.... nein

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich glaube, es ist nicht alles so ganz richtig und ich teile nicht alles, was Henry Vogt in seiner sehr langen Ausführungen dargelegt hat. Aber ich glaube, er hat schon einen wunden Punkt angesprochen. Ich denke, es wird nun schon ein bisschen sehr abgewiegelt und der Anschein erweckt, als wenn man eigentlich gar nichts tun müsste, sondern wir haben alles im Griff und haben eine ganz normale Entwicklung und wir haben ein REK und ein Leitbild und es ist alles im Lot. Also so ist es schon nicht ganz. Weil, schon alleine wenn man sieht, das Leitbild sagt, 23'000 im Jahr 2030, das REK rechnet mit 24' bis 25'000 fünf Jahre später. Das ist eine Diskrepanz. Sie mag klein erscheinen aber in fünf Jahren werden es nicht 2'000 Leute mehr sein, sondern wir werden, wenn wir die heutige Entwicklung fortschreiben, nicht bei 0,72 % Bevölkerungswachstum sein, sondern wir werden höher sein. Wir müssen schon ein wenig schauen, vor allem wenn dann die Zonenplanrevision kommt, damit wir nicht übertreiben mit der Verdichtung, dass man irgendwo auch die Qualität halten können und damit wir nicht einfach auf Quantität setzen. Das spüre ich aus der Antwort des Gemeinderats nicht wirklich heraus. Dankeschön.

Florian Spiegel, Präsident: Jetzt gibt es keine Wortmeldungen mehr. Somit gilt die Interpellation als beantwortet und erledigt. Es gibt keine Abstimmung. Wir kommen zur Pause bis 20.15 Uhr.

PAUSE

Florian Spiegel, Präsident: Wir fahren weiter. Wir kommen zum Traktandum 7. Entschuldigung, nein erst zum Info-Fenster des Gemeinderats. Frau Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich würde diese Gelegenheit gerne nutzen, um unseren neuen Mitarbeiter, Bereichsleiter Sicherheit Einwohnerdienste Steuern, SES, kurz vorzustellen. Es ist Herr Cemi Thoma. Er ist bei den Zuschauern hinten. Er hat am 1. Oktober begonnen, bei uns zu arbeiten. Bis jetzt macht es ihm noch Spass. Ich hoffe, das bleibt weiterhin so. Auch beim Einwohnerrat hat er es sehr interessant gefunden. Auch das hoffe ich, dass es so bleibt. Er sagte mir, ja er würde immer kommen, wenn es Vorstösse gibt, die seinen Bereich betreffen. Er hofft natürlich nicht so viele Vorstösse gibt wie im Bereich Bau, Raumplanung, Umwelt. Aber der Herr ist auch immer hier bei uns, Herr Adrian Landmesser, selbstverständlich. Das wäre alles. Vielen Dank.

Florian Spiegel, Präsident: Gut, dann gehen wir jetzt weiter mit der ordentlichen Traktandenliste. Wir kommen zu Traktandum 7.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 7

Postulat von Simon Maurer und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 16.05.2018,
betreffend Prüfung einer Gemeindemediathek in der Villa Guggenheim

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4396

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Gemeinderat. Da Simon Maurer nicht mehr bei uns weilt, bin auch ich wieder angehalten, hier zu sprechen. Ich habe eigentlich alte Anliegen, es steht begründet, wieso wir dies gerne überweisen möchten. Dementsprechend warte ich gerne das Votum des Gemeinderats ab. Besten Dank.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Mir als Bücherwurm fällt es natürlich schwer, hier die Haltung des Gemeinderats zu vertreten. Nichts desto trotz, wenn sie ganz oben schauen beim Postulat, Eingang 16.5.18, da hatte die Welt noch etwas anders ausgesehen. Mittlerweile ist klar, dass die Villa Guggenheim, gebraucht wird, gebraucht wird von der Verwaltung für gewisse Büros oder Stellen darin aufzunehmen. Weiter erkundigte sich der Gemeinderat bei der GGG, die grösste Betreiberin von Bibliotheken im Raum Basel. GGG wäre natürlich bereit, in der grössten Gemeinde im Baselbiet auch eine Gemeindebibliothek betreiben zu können. So ein Betrieb einer Bibliothek ist allerdings nicht ganz einfach, der kostet nämlich was, und was auch etwas kostet, ist die ganze Infrastruktur, der ganze Aufbau und selbstverständlich würde die GGG das nicht selber tun, sondern da müsste sich die Gemeinde Allschwil daran beteiligen. Die Räumlichkeiten, welche dort vorgesehen waren in der Villa Guggenheim, die wären auch nicht per se geeignet für den Zweck einer Bibliothek oder einer Mediathek einzurichten. Insofern müssten natürlich auch gewisse Arbeiten geleistet werden, sei dies den Grundriss zu verändern oder sonstige Renovationsarbeiten. Das müsste alles anders werden, wie es heute aussieht. Es müssten trockene, ganz wichtig, trockene Lagerräume sein, in denen man mal auch Bücher einlagern könnte oder auch andere Medien. Dies ist in diesem Haus nicht ganz einfach. Alles in allem rät der Gemeinderat dem Einwohnerrat davon ab, dies zu prüfen. Wir haben schon gewisse Vorprüfungen gemacht, wie ich Ihnen jetzt vielleicht schnell erläutern konnte. Es gibt andere Pläne mit der Villa Guggenheim und der Gemeinderat ist nach wie vor der Meinung, dass wir mit dem Angebot, wofür wir ja auch einen Betrag jährlich ins Budget gestellt haben, dass wir damit im Moment gut fahren. Das kostet uns 35'000 Franken, schon seit einigen Jahren, um nicht sagen zu müssen, seit Jahrzehnten und dies ist im Augenblick aus Sicht des Gemeinderats die beste Lösung. Wir bitten Sie, dies so im Moment beizubehalten. Danke.

Florian Spiegel, Präsident: Die Rednerliste wäre somit eröffnet. Etienne Winter.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bin natürlich davon ausgegangen, dass es an dieser Villa Guggenheim scheitern kann und nehme dementsprechend mein Recht in Anspruch, natürlich die Anträge zu ändern. Und zwar habe ich „beispielsweise“ eingefügt. D.h. das Argument Villa Guggenheim können wir schon mal auf die Seite stellen. Wieso habe ich gedacht, ich habe es unten begründet, wieso man es dort machen kann, mittlerweile hat sich angeblich etwas geändert von Seiten Gemeinderat, was man dort anders machen soll. Ich habe einfach gesehen, resp. es ist festgestellt worden, dass das Gebäude länger frei steht. Jetzt kommt ein Park hin. Es ist gut erschlossen. Es wäre eigentlich prädestiniert gewesen, rein von der Lage her, dort was zu machen. Der Grund zum Ganzen war, dass vor 20 Jahren dies schon einmal geprüft wurde und wollte man prüfen. Ich habe gedacht, nach 20 Jahren kann man sich dem wieder annehmen. Das im Hinblick darauf, dass wir das nicht selber betreiben sollen, sondern mit einem Drittanbieter in Zusammenarbeit. Ich habe herausgefunden, Medienbericht, dass GGG Basel sich ja auch auf das Land gewagt hat und dass sie ja auch die Bibliothek am Kronenplatz in Binningen übernommen hat. Dies war der Anlass, mal nachzufragen. Und wenn man den Antrag liest, ist ja nur die Frage, ob in Zusammenarbeit mit einem Drittanbieter in einem Gemeindebetrieb betrieben werden kann. Angeblich nach Vorabklärung, kann man das. Meine Bitte wäre, dies einfach noch schriftlich festzuhalten, was wäre denn die Absicht, was GGG haben müsste. Resp. was, wann wäre die GGG bereit, in Allschwil so etwas zu lancieren, was wären die Grundvoraussetzungen und dann dies wieder als Bericht erfassen. Das ist das Einzige. Das kann von mir aus eine halbe Seite sein und dann haben wir das einfach schriftlich. Wenn der Gemeinderat dann immer noch sagt, wir benötigen es nicht, es geht nicht darum, es ist eine Prüfung. Prüfung gibt es ein Drittanbieter. Es gäbe ja einer. Was wären seine Auflagen, um überhaupt noch einmal in Diskussion zu treten. Das wäre eine Abklärung. Und das ist das Einzige, was ich möchte. Darum bin ich der Meinung, bitte lieber Gemeinderat, nehmt dies entgegen, schreibt nur die

Vorabklärung, ihr müsst nicht weiter machen. Was wären eigentlich die Konditionen, über was müsste man sich entscheide? Dann kann man sagen, ok, die GGG, sagen wir, es kostet uns eine halbe Million. Dann haben wir auf der anderen Seite 35'000. Dann können wir genau das abwägen, lohnt sich das? Nein - Ja. Dann haben wir das auch schriftlich. Besten Dank.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich war vor 20 Jahren sehr aktiv, beteiligt, als das einmal, als Kaktus damals, als das schon verlangt wurde, eine Gemeindebibliothek zu machen. Die Zeiten haben sich ein wenig geändert. Übrigens, ich habe mit Freude nun gehört, dass diese Villa Guggenheim benutzt wird. Ich fand das ein bisschen ein Problem, dass sie leer steht. Man muss sich einfach vorstellen, wenn ich sage, die Zeiten haben sich geändert. Heute ist eine Bibliothek nicht nur ein Ort, an dem Bücher ausgeliehen werden können. Das ist ein Ort, an dem man ziemlich viel Animation betreiben und viel andere Dinge machen muss. Ich kenne das jetzt von den Bibliotheken, sie heissen immer noch so, die es in Basel gibt. In diesem Sinne, wie es Etienne Winter gesehen hat, dass es mal einfach so eine grobe Prüfung ist, könnte ich mir das vorstellen. Aber ich bin skeptisch, ob heute eine Bibliothek, wie man sie heute betreibt, in Allschwil angesagt ist. Zumal wir ja ganz nah gut ausgebaut und gut bewirtschaftete, umfassend bewirtschaftete Bibliotheken haben.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Auch wir haben zuerst gedacht, ohh ja, eine Bibliothek für Allschwil, cool, ja, das wär's, das fehlt uns total. Als wir etwas genauer angeschaut haben, mussten wir sagen, 35'000 Franken für die GGG in nächster Nähe am Allschwilerplatz öV-mässig und auch MIV-mässig bestens erschlossen, das Selbe im Neubad ist einfach konkurrenzlos. Sie bieten in beiden Bibliotheken wirklich auch ein Animationsprogramm an. Man sieht dort auch immer Schulklassen, es gibt Lesungen für Kinder, es gibt Lesungen für Erwachsene. Ich denke, wir kommen nicht annähernd zu so einem Preis.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Wir haben uns natürlich auch Gedanken gemacht über.. gut, Guggenheim wäre für uns überhaupt nicht in Frage gekommen. Wir haben auch kurzfristig diskutiert, ob allenfalls eine Vorabklärung grundsätzlich Sinn machen würde oder auch nicht. Die Frage ist, was ist heutzutage überhaupt der Weg, den man geht. Kauft man Bücher? Ladet man sie im Internet runter? Hat es jeder zu Hause? Schwer. Ich sehe es an meinen Kindern. Die lesen Bücher auf dem Handy oder besser gesagt auf dem Tablet. Dafür brauchen sie keine Bibliothek. Die Schulbibliothek hätten wir sonst auch für die Schüler. Soweit... Von mir aus gesehen ist es nicht der Allschwilerplatz, ich würde am Morgartenring aussteigen... Ist auch sehr nah als Bibliothek und deshalb haben wir uns auch kurzfristig entschieden, dem Gemeinderat zu folgen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Nur schnell zur Präzisierung. Ich rede nicht von einer Bibliothek. Es gibt nicht nur Bücher. Es ist weiter gefasst. Weil heutzutage eine Bibliothek nicht mehr das ist, was es früher war. Zum Zweiten, Allschwilerplatz ist gut ausgebaut, ich weiss nicht wie es am Neubad aussieht, es kann natürlich auch geschehen, dass diese Bibliothek nach Allschwil verlegt würde. Es kommt darauf an. Es ist nicht nur etwas Neues. Es ist die Frage, wie die GGG es anschauen würde. Ich könnte es mir auch gut vorstellen, dass sie dann irgendwie mehr ins Zentrum ginge, weil diese im Neubad ist irgendwie zwischendrin, zwischen irgend etwas, dies wäre vielleicht eine Option, sie woanders hin zu verschieben. Das ist eigentlich das Einzige, was ich prüfen möchte. Ich verstehe, ich bin auch generell skeptisch. Aber ich möchte es einfach gerne wissen, wenn, wie.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Auch wir von der FDP-Fraktion haben das diskutiert und wir denken, dass das Angebot in der nahe liegenden Umgebung der GGG bereits gut genug ist und dass eigentlich mit diesem Budgetposten, den wir haben, eigentlich auch mit der jährlichen Zahl eine gute Lösung vorherrscht. Wir sind deshalb auch für eine Nicht-Entgegennahme.

Melina Schellenberg, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Anwesende. Ich möchte einfach ganz kurz auf das Geschäft von vorhin Bezug nehmen. Und zwar haben wir davon geredet, dass bei einer wachsenden Bevölkerung auch darauf geachtet werden muss, dass die Lebensqualität in Allschwil bleibt, oder optimalerweise auch steigt. Und so eine Mediathek wäre natürlich auch eine Aufwertung für Allschwil. Danke vielmal.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Klar Es können Klassen dorthin gehen. Ich weiss mittlerweile auch, dass es nicht so einfach ist, Freiräume zu erhalten. Die Stunden werden immer kürzer. Sprich 45 Minuten, es sind nicht mehr 55 Minuten wie vorher. Es wird immer schwieriger, solche Ausflüge zu organisieren und zu planen. Es geht ja auch darum, schlussendlich, dass nicht nur Bibliotheken, sondern es ist auch ein Aufenthaltsraum, es wurde schon mehrfach gesagt, was möglich wäre. Was wir ja wollen unsererseits, der Gemeinderat hat es scheinbar

abgeklärt, was es bringen würde, oder was es nicht bringt bei den Finanzen. Aber wir haben keine Ahnung, was ist denn der Stein des Anstosses, dass man es nicht machen kann. Immer wenn es heisst Nicht-Entgegennahme, heisst das, man hat sich Gedanken gemacht dazu. Der Gemeinderat weiss es, wir aber nicht. Es ist ganz einfach, Etienne hat es vorher gesagt, es wäre toll, wenn wir als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte wissen, wo wurde denn die Schwelle überschritten, weshalb geht es nicht. Es ist ein Bedürfnis, ganz klar, wenn ich sehe, wie viele Leute in Basel von uns Allschwiler Mitglieder sind in der Bibliothek, die dort hin gehen. Klar geht man, das Tram fährt hin, der Bus fährt hin. Es wäre auch schön, ich könnte hier mit dem Velo hinfahren oder gar zu Fuss. Es wäre ein Treffpunkt, das ist eine Bibliothek, ein Treffpunkt sogar zum Teil mit Kaffeli, es gibt Anlässe und es wäre eine Aufwertung ganz sicher für Allschwil. Weshalb dürfen wir nicht erfahren, was der Gemeinderat als Hindernis betrachtet. Dankeschön.

Florian Spiegel, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. wir kommen zur Abstimmung. Wer dieses Postulat 4396 zur Überprüfung an den Gemeinderat überweisen möchte, soll dies mit der Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben dieses Postulat überwiesen bei 13 Ja zu 12 Nein bei 6 Enthaltungen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 12.06.2018, betreffend Umsetzung Freiraumkonzept Allschwil – Spielplatzstrategie
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4400

Etienne Winter, SP-Fraktion: Auch hier, wir haben unser Anliegen formuliert und wir würden gerne zuerst in Erfahrung bringen, wieso der Gemeinderat dieses Geschäft nicht entgegennehmen möchte. Besten Dank.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Vielen Dank, dass Sie mir Gelegenheit geben zu begründen, wieso der Gemeinderat das nicht entgegennehmen möchte. Wie Sie bereits schon am 4. Dezember 2018 zur Kenntnis genommen haben im Rahmen der Aufgaben- und Finanzplanung der Einwohnergemeinde, haben wir ja darin bereits skizziert, dass wir im Jahr 2020 eine Spielplatzstrategie erstellen möchten und im Jahr 2021, ein Jahr später, Massnahmen umsetzen. D.h. wir möchten hier auch wirklich einen grossen Schritt vorwärts gehen und das ist jetzt derart verpflichtend und bindend, dass wir es schon im Budget haben, dass wir das eigentlich bereits im Dezember noch mit Ihnen festnageln könnten. Deshalb gibt es überhaupt keinen Grund, jetzt noch einmal übersteuern zu wollen, mit einem Postulat. Weil das macht keinen Sinn, wäre doppelte Arbeit und Sie sehen, wir wollen vorwärts machen und der beste Beweis ist, dass es ja ein Beispiel gibt, dass wir nämlich im Trämliplatz im Quartiertreff Dürrenmatten einen Generationenspielplatz eröffnet haben und dieser erfreut sich seither extrem grosser Beliebtheit. In dieser Richtung soll das Konzept zeigen, was sonst noch in Allschwil möglich ist. Das würden wir dann wie gesagt ab 2021 umsetzen. Deswegen bitte nicht entgegennehmen.

Florian Spiegel, Präsident: Die Rednerliste ist eröffnet.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ja, wir sehen es ja genauso, Robert. Aber du sagst, bereits schon. Ich glaube spätestens 2013 war das bekannt, dass wir hier ein anständiges Defizit haben und wir haben über 100'000 Franken in die Hand genommen, um in Erfahrung zu bringen, dass wir das Defizit haben. Freiraumkonzept lässt grüssen. Dort war eines von den explizit genannten Massnahmen, 2013, dass man das, angehend soll ja Spielplatzstrategie gemacht werden. Wenn ich bereits schon auf 2021 adoptiere, ist das für mich eine sehr lange Durststrecke, die wir durchgemacht haben, und es sind nicht nur wir alleine, sondern das ist auch die Bevölkerung. Hier sind wir wieder beim Geschäft, welches wir vorher hatten mit dem Bevölkerungswachstum. Allschwil war früher eine Gemeinde mit Häusern und Gärten. Da waren die öffentlichen Plätze nicht sehr relevant, denn jeder hatte ja, wie auch ich, zu Hause Badminton, Federball, Volleyball, Verstecken im eigenen Garten entwickeln. Aber die Entwicklung, wir haben eine Verurbanisierung, d.h. die Gärten fallen weg und der öffentliche Grund wird umso wichtiger. Dann habe

ich mich gefragt, wieso haben wir denn, wie kommen wir dann vorwärts. Natürlich der Einwohnerrat hier, da sitzen Leute die sind schon länger in Allschwil, die gehören zur Generation „Gärtli und Einfamilienhüslli“. Sie sind sich vielleicht dieser Situation nicht so bewusst, was andere Zuzüger eher benötigen als Familie. Dann dachte ich, gut, das ist vielleicht der Grund, weshalb man so lange warten muss. Die fehlende Sensibilität. Wir wissen aber, das Bedürfnis ist recht gewachsen. Du Robi, hast vorhin gesagt, wir haben ja schon was gemacht, am Dürrenmattspielplatz, die Allschwiler sagen ja Trämlispielplatz, stand früher ja ein Trämli dort. Wieso haben wir dort was gemacht? Weil Anwohnerinnen und Anwohner dem Gemeinderat die Türe eingerannt haben mit Petitionen, weil wir hier gepoltert haben, auch andere Postulate vier Generationen, das war der Anstoss. Und von meinen Überlegungen aus gehe ich doch zuerst über den Strategiefonds und mache dann Massnahmen. Der Gemeinderat hat das vielleicht zu spät zur Kenntnis genommen, dass es doch ein grosses Anliegen ist und muss jetzt springen. D.h. er macht dort und dort was, was ja gut ist, und nachher macht er die Strategie. Und das ist für mich der falsche Ansatz. Es wurde leider verschleppt. Das ist das Eine. Wir haben ein steigendes Bedürfnis und wir haben eine politische eher Verschleppung oder wir hatten auch andere Geschäfte mit höherer Priorität. Das ist in Ordnung. Aber was ich auch festhalten muss, ist, man kann auch sagen, dass der Qualitätsstandard bei den Spielplätzen ist ja gleich geblieben. Es ist einfach das Bedürfnis gewachsen. Das sehe ich eben auch nicht. Als ich in der Primarschule war, durch die Kirche, war bei diesem Betonplatz, den wir heute haben, ein Spielplatz. Es gab ein Kiosk, der betrieben wurde, es hatte öffentliche Toiletten. Ich war dort ab und zu spielen. Ich weiss noch, es gab eine grosse Rutsche, eine grüne Rutsche, so ein Holzding, es gab Spielsachen, einen Brunnen, Bänke. Ich glaube sogar einen Sandkasten gab es. Irgendwann war die Rutsche weg. Vandalenakt und vermodert. Man hat sie nicht ersetzt. Irgendwann kam der Sandkasten weg. Ungebraucht. Irgendwann war der Brunnen weg, irgendwann werden die Bäume gefällt und irgendwann waren sogar die Bänke weg. Es waren ja ein paar Jugendliche dort, abends, die dort vielleicht etwas Scherereien machten. Dort habe ich z.B. meine erste Zigarette geniessen dürfen, in jungen Jahren. Diese Bänkli verschwanden ebenfalls. D.h. irgendwo fehlt doch irgendwie die Sensibilität der Gemeinde, ob diese Spielplätze etwas Wert sind. Es hat auch eine Wertverminderung gegeben. Es ist nicht nur das Bedürfnis, das gewachsen ist. Man hat dort einfach wenig gemacht und nicht ersetzt. Es gibt andere Beispiele. Plumpi, dort hatte es auch einmal Klettersachen, jetzt haben wir dort vielleicht so einen Styropor-Felsen. Ich weiss nicht wie pädagogisch, ob das sinnvoll ist. Plumpi, ein anderes Thema, hatte vielleicht sehr viele Vandalenakte, weil die Kontrolle nicht sehr gross ist. Auf dem Dürrenmattspielplatz hatten wir eine Rutsche, die mehrere Monate gesperrt war. Wir müssen etwas tun. Ich möchte das gerne überweisen. Wir hatten hier schon genug Votes, es ist wichtig und ich bin Vertreter der Bevölkerung und habe keine Lust mehr zu warten. Deshalb bitte überweisen wir das auch als Zeichen Gemeinderat, wir sind auf dem Weg, aber wir schauen, dass ihr auch drauf bleibt. Besten Dank.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Drei Punkte: Ich verstehe die Ungeduld der SP sehr und habe hier auch sieben Jahre nichts getan, ein bisschen salopp formuliert. Das ist etwas lang. Zweitens ich habe diese Wörter nicht mehr gern, Konzept und Strategie. Ich möchte, dass mal etwas getan wird. Und drittens, ich bin nicht davon überzeugt, dass das besser wird mit diesem Postulat. Es wird nur besser, wenn jene, die tun, tun.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Ich muss leider Etienne Recht geben. Es ist tatsächlich so, Kinder spielen heutzutage statt im Garten in den Hauseingängen, versperren dort die Wege usw., weil sie nirgends hin können. Es ist tatsächlich so. Auf dem Platz bei der Station Kirche will ich jetzt nicht sagen, was dort alles gemacht wurde als Jugendlicher und wir können froh sein, dass Plumpi mal ein WC erhält. Unserer Meinung nach haben wir in Allschwil Spielplätze, wir haben Nicht-Spielplätze, das sind Spielplätze, die keine sind, und wir haben irgendwie halbe Spielplätze und provisorische Spielplätze. Wir sind der Meinung, wie wir es schon vor ein paar Monaten gesagt haben, dass wir wirklich etwas machen muss. Dass es notwendig ist. Deshalb werden wir Etienne unterstützen und sind für die Entgegennahme. Dankeschön.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Entschuldigung, dass ich noch dazu komme. Ich habe durch die Diskussion, die wir hatten, wegen den Viergenerationenspielplätzen, Andy und ich haben ja glaub ich allen Fraktionen einen Änderungsantrag gesandt. Da war genau die Diskussion über den Kritikpunkt Konzept Konzept Konzept. Wir würden es eben noch ergänzen, indem wir inklusive Umsetzungsplanung. Die Strategie wäre dann halt, wie machen wir das, wie generieren wir wieder diese Werte. Damit wir das auch haben, wenn, wo, was, wie. Damit wir aus dem Einwohnerrat zur Kenntnis nehmen, schriftlich, nicht einfach wir machen. Und dass es natürlich auch die betroffene Bevölkerung weiss. Daher noch diese Ergänzung inklusive Umsetzungsplanung dieser in der Strategie festgehaltenen Bedürfnisse und Massnahmen.

Florian Spiegel, Präsident: Ich sehe, die Rednerliste ist erschöpft. Somit ist das nun neu das Geschäft 4400 angepasst, inklusive Umsetzungsplanung.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Der Änderungsantrag ändert formell natürlich nichts. Weil grundsätzlich hat ja eben der Gemeinderat das bereits im Budget vorgesehen und Sie werden schon im Dezember bereits darüber abstimmen können. Eigentlich ist dies bereits enthalten.

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Dankeschön. Jetzt habe ich doch noch eine Frage. Jetzt hat der Gemeinderat gesagt, er habe schon alles vorbereitet im Hinblick auf die Dezember-Sitzung und gleichzeitig höre ich, dass das eine Doppelspurigkeit sei. Aber ich verstehe das, wenn ich es richtig verstehe, könnte man das, was bereits gemacht ist, als Umsetzung dieses Postulats bezeichnen, vielleicht muss man es noch ergänzen um 1, 2 Punkte, die im Postulat enthalten sind, wie beispielsweise der Wegfall des Spielplatzes Bettenacker, und dann hätte man das ja schon erledigt. Ist das nicht so?

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Es ist eben so, wenn wir ja etwas bereits im Budget vorgesehen haben und Sie werden das dann beschliessen, dann ist das bereits bindend. D.h. dann wird das die Exekutive der Gemeinde Allschwil umsetzen. Und wenn Sie es nun mit einem Postulat übersteuern, werden wir es ja genau gleich machen, aber es braucht dann ein Postulat, das stehen bleibt und wieder abgeschrieben werden muss. Das macht aus meiner Sicht überhaupt keinen Sinn.

Florian Spiegel, Präsident: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Demfall kommen wir zur Abstimmung. Wer dieses Postulat in angepasster Form überweisen möchte, soll dies mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben dieses Postulat mit 24 Ja bei 7 Nein und 0 Enthaltungen überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Postulat von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 20.08.2018, betreffend Schul(um)bau partizipativ und veränderungsfähig planen und gestalten
Antrat des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4406

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Werte Anwesende. Ich würde hier auch gerne zuerst zuhören.

Florian Spiegel, Präsident: In diesem Fall hat das Wort Gemeinderat Robert Vogt.

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank, werter Präsident, werte Damen und Herren. Beim Schulumbau hat natürlich Ueli Keller und seine Mitstreiter Recht, wenn er sagt, die Bedeutung ist sehr gross, dass die Bildungsbauten flexibel und auch nutzungsgerecht realisiert werden. Und wie Sie vielleicht auch schon gehört haben, hat die Gemeinde Allschwil auch im Sinn, noch weitere Schulbauten entweder zu renovieren oder zu errichten. Es ist aber so, dass der Gemeinderat bereits schon seine strategischen Entscheidungen gefällt und natürlich 1. die demografische Entwicklung der Bevölkerung berücksichtigt hat, 2. aber auch sind die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen und selbstverständlich auch 3. berücksichtigt er auch die bildungsrelevanten Anliegen. Und wenn wir dies alles zusammennehmen, werden wir natürlich jetzt in der Schulraumplanung genau dies zu tun. Wir werden nämlich versuchen, das nach Rücksprache mit allen Akteuren, zu einem flexiblen und bildungsnahen Schulzentrum zu kommen. Weil ich der Meinung bin, dass der Gemeinderat genau das jetzt eingeleitet hat und alle entscheidenden Akteure miteinbezogen hat, bin ich der Meinung, dass das Postulat von Ueli Keller und seine Mitstreiter nicht nötig ist. Deshalb bitte ich Sie darum, dieses nicht entgegen zu nehmen.

Florian Spiegel, Präsident: Die Rednerliste ist eröffnet.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: In diesem Fall haben wir eine ähnliche Situation, der Gemeinderat macht es schon, deshalb ist das Postulat nicht mehr nötig. Kurz, Schulbau ist eines meiner

Lieblingsthemen, aber ich will kurz bleiben. Die Volksschule wurde im 19. Jahrhundert gegründet und hat sich ca. 100 Jahre lang nicht mehr wesentlich verändert. Es ist nur noch mehr worden aber nicht anders. Seit ca. 30, 40 Jahren verändert sich die Bildungsorganisation immer rasanter und sie wird sich weiter verändern. Um diesem zu begegnen, ist Partizipation angesagt. Und zwar eine qualifizierte Partizipation. Also von jenen, die diese Schulen nutzen und die, diese Schulen bauen, und von diesen, die diese Schulen bezahlen. Nicht nur Wunschkonzert. Das Zweite, das gefragt ist, weil der Wandel weitergehen wird, ist veränderungsfähig bauen. Schulen, die perfekt gebaut sind, da könnte ich Ihnen ausser Allschwil noch ein paar andere berichten, die sind nicht mehr zeitgemäss, weil sie nicht veränderungsfähig sind. Das braucht ziemlich viel. Ich bin inzwischen Spezialist darin. Ich habe jetzt ein Projekt in Litau, Luzern, welches ich an einer Fachtagung an der FHNW vorstellen kann, Ende Februar, ich sende euch dann eine Einladung. Bei dieser Fachtagung ist wunderbares Zusammenspiel repräsentiert. Es ist dabei engagiert jemand von der Bauverwaltung der Stadt, von der Bildungsverwaltung, der Schulleitung, aus dem Quartier und repräsentiert sind selbstverständlich auch die Schülerinnen und Schüler und die Architektur. Um dies zu tun, muss man es nicht nur wollen, sondern dies auch professionell vorbereiten. Weil ich schon oft gehört habe beim Gemeinderat, wir machen es ja schon, würde ich empfehlen, dieses Postulat zu überweisen, nicht zuletzt auch, weil ich dann an der FHNW Allschwil als Good Practice Beispiel vorstellen könnte, welches wirklich professionell die nächsten Schulbauten angeht.

Florian Spiegel, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Somit kommen wir zur Abstimmung... doch nicht...

Ursula Krieger, AVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich hätte es fast verpasst. Aber ich bin ja auch noch im Schulrat und ich fand, dazu muss ich auch noch kurz etwas sagen. Obwohl ich nicht immer finde, man müsse noch viel zu den Sachen sagen muss. Wir haben hier ja schon oft über die Schwachstellen, z.B. genau von diesem Schulhaus hier, welches ja auf dem ersten Blick wunderbar aussieht, und dann, als man gesehen hat, dass es seine Tücken hat. Wir von der AVP und ich als Schulrätin finde es sehr wichtig, dass in Zukunft ökonomischer und mit Beteiligung von Schul, Schulrat und Beteiligte geplant wird. Z.B. so riesige Standorte wie dieses hier oder mit vier und mehr Klassenzüge erweisen sich als pädagogisch sehr ungünstig. Wir müssen auch daran denken, dass wir genug Reserven vorsehen, genügende Turnhallen etc. Wir müssen keine Architekturpreise gewinnen, sondern Schulraum flexibel gestaltbar, wie es hier erwähnt ist, zu vernünftigen Preisen. Und somit sind wir auch dafür, dass man es überweist, damit man das nicht vergisst.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Aufgrund der Erfahrung, die man mit der Aussenanlage im Gartenhof gemacht hat, aufgrund der Erfahrung mit dem Einbezug der Schüler, die nie berücksichtigt wurde, aufgrund der Schülerpetitionen über die Dächer für Scooter, die auch nie berücksichtigt wurden, sind wir der Meinung, dass man vielleicht einen anderen Weg gehen müssen, deshalb sind wir für die Überweisung.

Florian Spiegel, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer das Geschäft 4406, Postulat von Ueli Keller überweisen möchte, soll das mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben das Geschäft 4406 bei 26 Ja zu 1 Nein bei 4 Enthaltungen überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 10

Postulat von Philippe Adam, Rolf Adam, Christian Kellermann, Evelyne Roth, Beatrice Stierli und Andreas Widmer, CVP-Fraktion, vom 18.09.2018, betreffend Öffentliche Ladestationen für Elektroautos in der Gemeinde Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4411

Florian Spiegel, Präsident: Zuerst hat eine antragstellende Person das Wort. Wem von der CVP-Fraktion darf ich das Wort geben?

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich vermute, dass es hier zu aller guten Dinge sind Drei und der Gemeinderat uns sagt, dass das alles schon vorgesehen ist. Damit wir nun ein bisschen Abwechslung haben, spreche ich jetzt mal schnell vor dem Gemeinderat. Wir

möchten dieses Postulat trotzdem überweisen, auch wenn der Gemeinderat für Nichtüberweisen ist. Weil wir denken, die Gesellschaft ist heutzutage im Wandel, so auch die Energiepolitik. Wir haben heute schon gesehen beim Traktandum 5, dass die Gemeinde bereits ein elektronisches Fahrzeug besitzt und neu eines anschaffen möchte. Also auch die Gemeinde benötigt Ladestationen. Ich habe auch ein bisschen umgeschaut, wo es solche gibt. Ich habe z.B. zwei solche Ladestationen in Hegenheim gefunden, vor dem wohl ältesten Laden in der Region, den es gibt, nämlich der Freund, der immer noch aussieht, wie in den 80er-Jahren, bei der Kasse muss man den Betrag noch eintippen, aber zwei Elektroladestationen hat er vor dem Geschäft. Ich denke für die 42. grösste Gemeinde in der Schweiz ist eine öffentliche Ladestation oder auch zwei oder drei für elektronische Autos und Velos eine Sache, die heute zur Verfügung stehen sollte. Dankeschön.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende, liebe Beatrice. Du bist mit deiner Vermutung richtig gelegen. Volltreffer. 100 Punkte hast du. Es ist so, der Gemeinderat argumentiert genau gleich wie vorher, wir machen schon, das was ihr im Postulat fordert. Darum bringt dieses Postulat gar nichts. Ich möchte wirklich an Sie appellieren. Überweisen Sie nicht einfach jedes Postulat, weil es ja euch keine Arbeit kostet, nur die Verwaltung. Weil inhaltlich machen wir genau das, was gefordert wird, wir schauen bei jeder Strassenkorrektur, ob es richtig ist, ob es notwendig ist, wo es möglich ist, solche Ladestationen hinstellen. Und deshalb noch einmal, ich bitte euch, bitte überweist nicht einfach alles. Und insbesondere dieses nicht.

Florian Spiegel, Präsident: Die Rednerliste wäre damit eröffnet.

René Imhof, AVP-Fraktion: Grüezi miteinander, von mir. Elektroautos, ich, also wir sind nicht der Meinung, dass die Gemeinde liefern muss für ein Elektroauto, sie liefert auch kein Benzin oder Diesel. Das ist Sache der Privaten. Denn, Elektroautos, die so hochgejubelt werden, da muss man mal feststellen, dass die Herstellung der Batterie 17 t CO₂ frei setzt. Diese Batterie muss aber nach 50'000 km ersetzt werden. Es ist klar, so ein Auto erreicht eine sehr hohe Kilometerleistung. Ein normales Auto mit Benzin- oder Dieselmotor erreicht diese 17 t bei 200'000 km Leistung. Ich weiss nicht, warum darauf herumreitet. Dankeschön.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Zuerst wollte ich beliebt machen, ob wir nicht zuerst auf die von der CVP gewünschten chinesischen aufladbaren Strassen warten, die sind ja in Bearbeitung beim Gemeinderat, bevor wir dann Gedanken machen müssen, wie wir diese Ladestationen entsorgt. Ich glaube so einfach ist es nicht mit diesen Ladestationen, es gibt ja verschiedene Ladestationen, solche mit 22 kw. mit 50 kw, Schnellladestation mit 130 kw Leistung, vielleicht sogar noch andere, keine Ahnung. Diese werden im öffentlichen Raum mit Parkplatzgebühren ergänzt. So ein System haben wir in Allschwil nicht und Parkplätze haben wir eigentlich auch nicht. Ich gehe davon aus, dass wenn jemand ein Elektroauto kauft, wird er wohl einer seiner ersten Gedanken sein, wo lade ich mein Auto auf. Ist nicht so wie die Polizei in Basel. Und das ist vor allem zu Hause privat. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass Ladestationen privat erstellt werden müssen. Z.B. Coop Letten als Dienstleistung für Kunden, idorsia als Benefit für Mitarbeiter. Das ist keine Aufgabe der Gemeinde.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Heute Abend haben wir diskutiert, den Leistungsausweis der kommunalen Energiepolitik. Da steht auf Seite 7: „Massnahmen in Bearbeitung und in Planung, E-Ladestationen“, nicht für Autos, einfach E-Ladestationen. Ich weiss, was Planen ist und was Visionen sind. Seit Jahren überlege ich mir, was ich mal tue, wenn ich keine Politik mehr mache. Weil ich noch nicht weiss, mach ich sicher noch weiter, ein wenig, ein paar Monate. Planen bringt gar nichts. Es braucht Schritte. Bei der Neugestaltung der Baslerstrasse, das war noch im alten Sitzungsraum am Lettenweg, habe ich darauf hingewiesen, dass wenn man Traminseln und gedeckte Veloabstellplätze, soll man oben drauf Solar machen und unten Ladestationen für Velos. Okay. Ist ja eine Liestalerstrasse, Liestal ist weit weg, hat es vielleicht nicht gehört, ich habe zu leise gesprochen, ich könnte sicher auch noch lauter sprechen. Es ist vergessen worden. Das Anliegen ist nicht neu. Das Anliegen ist jahrelang schon da, dass man so eigentlich der Gedanke, der heute sehr aktuell ist, Umwelt, Energie etc. Wir haben einen Energieanbieter, von dem wir Energie beziehen können. Diese wären daran interessiert, in Gemeinden solche Ladestationen zu stellen, in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden als Partner. An der letzten Sitzung sagte der Gemeinderat, und wirklich, ich zitiere: „mit Stolz, wir haben Elektrofahrzeug.“ Klar, sie haben eine eigene, unser Auto, unsere Tankstelle. Toll. Wir können weiter gehen. Ich muss ja nicht, ich bin sicher nicht mit einer schwedischen Teenagerin verwandt, ich kann nicht Schwedisch, aber die Welt heute, die Tendenz geht in diese Richtung, wir müssen vorwärts machen. In der Zeitung vom 11.9.2019 stand, dass das Parlament, also nicht wir, die Zentrale in Bern, möchte Elektromobilität fördern. Und Jürg Grossen, Präsident GLP, verlangt sogar Parkzonen für Elektroautos. Wir sind nicht Hinterwäldler. Ich habe gehört, wir sind die 42-grösste Gemeinde von 2212 Gemeinden der

Schweiz. Wir müssen doch was tun, wir müssen doch vorwärts schauen, dass die Ideen, die vorhanden sind - es geht nicht darum, René, dass wir den Strom liefern müssen, das ist Quak, dieser Strom kommt nicht von uns, kommt aus der Leitung, an welcher wir sicher partizipieren, dass wir mit unseren Anlagen ihnen auch Strom liefern können. Ich hoffe wirklich, a) dass die CVP das Postulat so ändert, nicht auf Autos, sondern schlichtweg E-Ladestationen, dann habt ihr mich voll im Boot. Sicher werden wir das unterstützen. Es ist Zeit, dass wir das machen. Wir müssen da ein wenig mitdenken mit der Zukunft und nicht warten, bis etwas geht. Geduld. Wie gesagt, ich warte seit Jahrzehnten, was ich nachher tun soll. Ich habe die Lösung noch nicht gefunden. Ich bleibe noch ein paar Monate. Merci.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Gerne ändern wir unser Postulat dahingehend abändern auf E-Autos und E-Bikes, also auf elektronische Ladestationen.

Florian Spiegel, Präsident: Frau Stierli, den müssten Sie aber abgeändert vorlegen. Das können wir nicht machen.

Also, nun liegt uns dieses angepasste Postulat der CVP-Fraktion vor. Es wird erweitert aufgeführt: Elektro-Autos und E-Bikes (E-Station).

Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung über das Geschäft 4411. Wer das angepasste Postulat der CVP-Fraktion, öffentliche Ladestationen für Elektro-Autos in der Gemeinde Allschwil überweisen will, soll dies mit der Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen? Wir haben eine Stimme zu viel als Mitglieder des Einwohnerrats, d.h. wir zählen nochmals aus. Wer das Postulat überweisen will, soll dies mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben das Postulat überwiesen mit 15 Ja zu 11 Nein bei 5 Enthaltungen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 11

Postulat von Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 20.03.2019, betreffend

Raus aus dem MIV

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4448

Florian Spiegel, Präsident: Wünscht der Postulant das Wort? Das ist nicht der Fall. In diesem Fall wäre für die Ausführung, hätte das Wort Gemeinderat Christoph Morat, ausser er wünscht das Wort nicht. Das ist nicht der Fall. Liegt ein Gegenantrag vor?

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Ich stelle den Antrag auf Nichtentgegennahme. Darf ich begründen? Also, ganz einfach. Die Wohngemeinde und der Kanton subventionieren bereits dieses U-Abo. Dies gilt für alle steuerpflichtigen Personen, so wie auch für Senioren. Das Jahres-U-Abo kostet für Senioren 670 Franken, statt 800. Das ist sogar günstiger als für die unter 25-Jährigen. Der finanzielle Anreiz für Senioren sehen wir bei diesem Postulat als sehr gering. Das tönt nach Aufwand ohne Erfolg, das tönt nach Leerlauf. Heute wird problemlos mit 80 Auto gefahren auf der Strasse und für so ein kleines Zückerli geben sie den Fahrausweis nicht ab, teils für über ein Jahrzehnt.

Florian Spiegel, Präsident: Somit wäre die Rednerliste eröffnet.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Also ich möchte erst einmal dem Gemeinderat Danke sagen, dass er es entgegennehmen möchte. Schnell noch zu Henry Vogt. Ich arbeite jetzt dann bald 28 Jahre mitten im Verkehr, ich kann dir sagen, es ist nicht problemlos, dass alle ältere Menschen Auto fahren. Man kann das auch nahezu wöchentlich in den Zeitungen lesen. In den deutschsprachigen, wahrscheinlich in den anderen Zeitungen tagtäglich. Ich bin nach wie vor der Meinung, es wäre gut investiertes Geld und es schaut auch was raus dabei, wenn wir weniger Autos auf den Strassen haben, dann müssen auch weniger abgestellt werden, wir benötigen weniger Parkplätze. Darüber haben wir heute Abend auch schon geredet. Wir bräuchten vielleicht überhaupt keine Ladestationen, weil man nämlich mit dem Trämlü fährt. Das hat einen Faden, das liefert andauernd Strom. Und manchmal fahren wir auch tatsächlich. Vielen Dank.

Florian Spiegel, Präsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. ...

Ursula Krieger, AVP-Fraktion: Also auch wir sind dagegen, dass man das entgegen nimmt und zwar, das sind so Lenkungsmanöver, die am Schluss nicht das bringen, was sie sollten. Diejenigen, die nämlich wirklich aufhören sollten, die hören auch damit nicht auf, weil sie ein neurotisches Verhältnis zu ihrem Gefährt haben. Es erreicht die Falschen. Das ist extrem, dass man immer überall versucht mit solchen Zückerli zu lenken. Das funktioniert nicht. Die Vernünftigen oder so geben es dann vielleicht ab, wo es gar nicht nötig gewesen wäre und die anderen fahren noch halbblöd noch in der Gegend rum. Da könnte man allenfalls sagen, man muss strengere Kontrollen der Ärzte machen oder muss die Schraube dort irgendwie anziehen. Aber mit so einem Abo finde ich nicht nötig.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. In der heutigen Zeit wissen wir alle, wir haben viel zu viel Zucker. Wir brauchen keine Zückerli mehr dafür. Das ist ein anderes Problem. Das Thema war ja, eigentlich hat Niki ganz klar gesagt, freiwillig. Ich sehe ein, ich brauche das nicht mehr. Ich sehe ein, ich bin für mich ein Risiko und für andere. Und die Leute sollen das auch, wenn sie das einsehen und von sich aus machen können, vielleicht hat auch der Arzt noch einen kleinen Tipp dazu gegeben, ich gebe ab, sollten doch auch eine Anerkennung erhalten. Wir wären auch hier nicht die ersten, die das tun. Auch das wäre eine Möglichkeit, Attraktivität von Allschwil z.B. auch im Seniorenbereich zu machen. Also es geht nicht darum, dass die Falschen abgeben, es geht darum, dass diejenigen, die sagen, ja ich bin soweit, dass man denen sagt, lässig. Wie gesagt, wir gehören dann nicht zu einer kleinen Gruppe, es machen dies bereits ganz viele Gemeinden, die das durchziehen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Also einfach um es klar zu sagen, der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen. Das heisst, ihr erhaltet ein Resultat von einer fundierten Abklärung und einer Prüfung. Das würde der Gemeinderat übernehmen. Würde wieder hierhin kommen, würde einen Bericht darüber erstellen und da ist noch kein Rappen Geld gesprochen. Sondern es geht nur darum zu prüfen, wie hoch wären die Kosten, wenn alle betroffenen Personen bei der Einführung von so einem Angebot Gebrauch machen würden. Der zweite Antrag „Wäre ein Austausch der dafür relevanten Daten zwischen Einwohnergemeinde Allschwil und anderen Behörden gewährleistet?“ und der dritte Punkt „Wie hoch wäre der geschätzte administrative Aufwand?“. Es ist ja eigentlich umfassend. Das ist das erste Postulat, das wir heute Abend behandeln, bei dem der Gemeinderat einen Spielraum hat und sagt, unsere Gemeinde wäre mit Arbeitszeit so und so belastet, es würde so und so viel kosten und dann hätte der Einwohnerrat eine klare, aber wirklich eine klare Ausgangslage, bei der sagen könnte, jawohl das ist es uns wert oder nein, das stimmt nicht. Bis jetzt befinden wir uns einfach bei den Vermutungen und diese muss man ein bisschen erhärten. Man kann natürlich grundsätzlich dagegen sein, weil man sagt, die Leute müssen die Freiheit haben, oder man grundsätzlich dafür sein und sagen, wir sollten so viele Leute wie möglich, die hin und her schwanken, unterstützen, damit ihnen diese Entscheidung leichter fällt. Aber bei diesem Postulat, deshalb nimmt es der Gemeinderat auch entgegen, geht es um eine Prüfung und es geht nicht um einen Franken, den wir ausgeben, wenn wir das machen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Halt noch einmal schnell. Auch Abgeben ist freiwillig genau wie Behalten auch. Nun haben wir den ganzen Abend lang den Gemeinderat ein wenig geplagt, am Bart gezupft, wir wollten wissen, wieso sie dazu kommen, etwas nicht entgegen zu nehmen. Sie haben ein paar Abklärungen getroffen und dann haben wir gesagt, ok, wir wollen wissen welche. Das Selbe jetzt hat Christoph Morat ganz klar gesagt, wir wollen doch wissen, wenn der Gemeinderat das entgegen nimmt und daran arbeitet, was hat das für Konsequenzen? Den ganzen Abend wollten wir diese Konsequenzen sehen, man sagt dem Reinen Tisch Machen, klar, ich will wissen, wie viel Wasser in diesem Glas drin ist, und jetzt haben wir es auf einmal nicht mehr. Weil ich meine Freiheit nicht habe, zu tun was ich will. Ich kann, wenn ich will, abgeben. Das war's.

Florian Spiegel, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Wer das Postulat 4448 von Niklaus Morat wie der Gemeinderat überweisen möchte, der soll das jetzt mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?
Ich höre zum wiederholten Mal, dass es nicht stimmt. Ich bitte noch einmal darum, wer dieses Postulat überweisen möchte, aufzuhalten. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben dieses Postulat überwiesen mit 19 Ja zu 12 Nein bei Null Enthaltungen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 12

Postulat von Fredy Rellstab, SVP-Fraktion, vom 05.06.2019, betreffend für eine PV-Anlage auf dem Dach des Gemeindezentrums in Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4469

Florian Spiegel, Präsident: Wünscht der Postulant vorgängig noch das Wort? In dem Fall ja.

Fredy Rellstab, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. An und für sich haben wir schon viel ein bisschen über Strom geredet und ich habe ein paar Mal überlegt, ob ich auch noch ein bisschen etwas dazu sagen soll. Generell PV-Anlage. Ein paar werden sich wundern, dass das Ganze auf einmal von Seiten der SVP kommt, aber ich bin nebenher noch Mitglied bei der Sonnenenergie. Was ich eigentlich ein bisschen am Rand erwähnen möchte, auch im Zusammenhang mit Ladestationen. Das Ziel einer solchen Fotovoltaikanlage, vor allem wenn sie relativ sehr gross ist, ist natürlich immer nur das, dass man den Strom speichern könnte. Und zwar nicht irgendwie zehn Tage, sondern normalerweise sagt man so irgendwie bis 48 Stunden. Dazu möchte ich eigentlich nur ganz kurz sagen, es gibt die neuesten Batteriegenerationen, die man heute entwickelt, und zwar das sind die sog. Schnellladebatterien, die haben aber nur ca. im Prinzip von acht bis zehn Jahren und dann nimmt diese Ladekapazität markant ab, also die Schnellladung markant ab. Für Gebäude kann man diese Batterien dann wieder, immer noch benutzen, um weitere zehn Jahre. Das hätte dann auch noch den Vorteil, man müsste vielleicht weniger diese ganzen Batterien entsorgen. Nein, das war nur ein kurzer Abstecher auf die Batterien. Im Prinzip bin ich eigentlich der Meinung, dass diese PV-Anlage Sinn macht und möchte jetzt eigentlich noch gerne hören, was Herr Hofmann erzählt und hoffe natürlich, dass der Einwohnerrat diesem Postulat zustimmt.

Florian Spiegel, Präsident: Also, Herr Hofmann ist nicht anwesend, schon den ganzen Abend nicht. Der Gemeinderat muss natürlich nur ausführen, wenn er will. Ich nehme an, das liegt dann auch wieder bei der Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli. Möchte Sie darauf noch Ausführung geben oder nicht?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ob ich möchte oder nicht ist nicht die Frage. Ich mach es selbstverständlich. Die Meinung des Gemeinderats ist, das haben Sie gesehen, dass das Postulat überwiesen werden soll mit eigentlich den ähnlichen Argumenten, die wir von Fredy Rellstab gehört haben. Die Situation hat sich wesentlich verbessert. Wir haben zwar im 2011 schon einmal eine Potentialstudie in Auftrag gegeben, und darin gesehen, dass eigentlich das Gebäude, also das Gebäude der Gemeindeverwaltung, ebenso geeignet wäre für so eine Anlage darauf zu bauen, so eine PV-Anlage. Weil sich die Situation in diesem Bereich massiv verbessert hat, wir haben heute auch diese Marktöffnung, haben die Möglichkeit des Zusammenschluss' zum Eigengebrauch davon, was dann dort an Energie produziert wird. Ich denke, die Situation ist heute wirklich noch mal markant besser und deshalb sind wir der Meinung, ja, jetzt können wir es wagen und sind bereit, dieses Postulat entgegen zu nehmen.

Florian Spiegel, Präsident: Ich frage den Rat, liegt ein Gegenantrag vor? Das scheint nicht der Fall zu sein.

://: Somit ist das Postulat 4469 überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 13

Motion von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 15.01.2019, betreffend Frühförderung
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4434

Florian Spiegel, Präsident: Das Wort hat zuerst der Antragsteller Ueli Keller.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Was Frühförderung ist und weshalb es dies braucht, das werde ich nicht begründen. Wer das noch nicht verstanden hat, der will es einfach nicht wissen. Da muss ich keine weiteren Ausführungen geben. Ich begründe nur, warum ich es als Motion einreiche, diesen Vorstoss. Ich habe absichtlich kein Postulat gemacht, weil der Gemeinderat das letzte Mal, als ich das mit den Spielgruppen eingereicht habe, eindeutig den Bedarf und das Bedürfnis nach Förderung breit und fachlich gut ausgelegt hat. Er hat dann einfach das Postulat nicht entgegen genommen. Was mich heute noch erstaunt. Nun ist dies nicht mehr zu prüfen. Jetzt ist es nur noch zu machen, daher eine Motion.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Es ist nun halt so, diese Frühförderung ist selbstverständlich eine gute Sache. Wir sind froh, dass es die Familien fördert, wir sind auch froh, dass es in Allschwil Institutionen gibt, die die Kinder früh fördern. Aber wir haben bereits ein grosses Angebot. Es gibt in Allschwil bereits neun Spielgruppen, die sich professionell um Kinder kümmern, wir haben auch acht Kindertagesstätte, die sich sehr professionell um Kinder kümmern und die Gemeinde selbst ist ja auch eine veritable Anlauf-, Beratungs- und Informationsstelle im Bereich der Frühförderung. Es kommt hinzu, dass der Kanton in Erarbeitung ist von einer Frühförderung, welche im ganzen Kantonsgebiet angewandt werden kann. Deshalb würde ich natürlich davon abraten, schon jetzt ein eigenes Reglement zu gründen und dann in Allschwil eine Situation zu schaffen, in welcher wir uns nur schwer bewegen können. Also die Flexibilität geht verloren. Darum bitte ich Sie, diese Motion abzulehnen.

Florian Spiegel, Präsident: Die Rednerliste ist eröffnet.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Grundsätzlich spricht ja diese Motion der Motion vom 11. April 2016. Der Unterschied ist, dass bei der letzten im 2016 Fragen gestellt wurden und nun soll ein Reglement bearbeitet werden. Aber ich glaube, die Antwort wird eigentlich die selbe sein. Ein Satz, der aus der letzten stammt, von 2016 war, die Familie ist der wichtigste Ort für die Frühförderung, Kinder lernen durch Spielen, durch gemeinsames Spielen, da sind wir bei der Spielgruppe. Die Botschaft sollte nicht sein, Reglemente zu machen, Botschaft sollte sein, dass man die Kinder einfach mal spielen lässt und ihnen Zeit gibt zum Spielen. Das ist die Grundhaltung von uns der SVP und deshalb gehen wir mit dem Gemeinderat.

Florian Spiegel, Präsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer diese Motion von Ueli Keller überweisen möchte, soll das mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben diese Motion nicht überwiesen mit 12 Ja bei 14 Nein und 5 Enthaltungen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 14

Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 09.04.2019, betreffend
Verkehrssicherheit überall und für alle
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4452

Florian Spiegel, Präsident: Zuerst hat der Antrag stellende Ueli Keller das Wort.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Man hat bei dieser Verkehrssicherheit zwei Möglichkeiten. Die erste ist, man orientiert an einer Planung, die alle neuralgischen Punkte umfasst, versuchen, eine Stabilisierung hinzukriegen und macht eigentlich auf einmal für die ganze Gemeinde eine möglichst gut funktionierende Lösung. Das andere, was ich nicht gut finde, ist das Flickwerk. Man hat mal hier ein Problem, dann macht man Tempo 30, dann hat man dort einen Beruhigungsbedarf, dann macht dort eine Wohnstrasse, man sieht Schwierigkeiten für Fussgänger, dann macht man dort einen Fussgängerüberweg, dann hat man dort mit Velofahrer etwas, das nicht optimal läuft, dann flickt man das ein wenig. So macht man das Eine ums Andere. Ich habe mit Pascale Uccella, die nicht hier sein kann heute, gesprochen, ob wir nicht ihr Postulat, das sie ja als dringlich eingewiesen hat, wegen dieser Situation am Baselmatt- und Muesmattweg, gemeinsam einreichen. Sie hat dann gesagt, sie müsse sich das überlegen, weil was mir vorschwebt, sei ein bisschen eine grosse Kiste. Ich bin der Meinung,

Flickwerk ist die grosse Kiste, weil man nie wirklich die Situation insgesamt gut gestalten kann und Synergien nutzen kann und eine optimale Situation haben kann in der ganzen Gemeinde. Deshalb will ich bei diesem Postulat bleiben.

Florian Spiegel, Präsident: Das Wort hat Gemeinderat Philippe Hofmann. Er ist nicht hier, ich nehme an, auch das übernimmt Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli. Sie nickt.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende, lieber Ueli. Im Postulat wird gewünscht, dass der Gemeinderat aufzeigt, wie er die Verkehrssicherheit kurzfristig gewährleisten will und wie er grundsätzlich nachhaltig umsetzen will. Das ist so das Grobgerüst dieses Postulats. Um das Postulat zu begründen werden beispielhaft drei Örtlichkeiten aufgezeigt, wo es aus deiner Sicht, Ueli, gibt. Einerseits Temporeduktionen auf der Strecke Bachgraben-Ulmenstrasse-Baslerstrasse-Grabenring. Dazu muss ich sagen, wir haben in Allschwil schon vier Mal über Tempo 30 abgestimmt, es wurde jedes Mal abgelehnt. Wenn der Einwohnerrat also wirklich Tempo 30 in irgend einer Art und Weise in Allschwil einführen möchte, dann soll er klar einen Auftrag erteilen und dann muss man das Thema angehen. Aber das ist bis jetzt nicht gemacht worden. Man versucht einfach so im Rahmen eines Postulats dem Gemeinderat wieder einmal eine Aufgabe zu geben, damit er da etwas schreiben kann. Nächster Punkt ist Sicherheit für Schülerinnen und Schüler. Das ist ein Anliegen, dem der Gemeinderat ganz besonders Rechnung trägt. Involviert sind auch verschiedene Stellen, es sind die Abteilungen Sicherheit, Entwickeln Bauen Planen und es sind die Schulleitungen stets involviert gewesen. Bei Baustellen werden Massnahmen geprüft und soweit nötig auch angeordnet. Aus Sicht des Gemeinderats besteht hier kein zusätzlicher Handlungsbedarf. Dann Herrenweg-Ofenstrasse wird auch als Beispiel aufgeführt. Diesem Abschnitt hat sich die Verkehrsabteilung der Kantonspolizei Basel-Landschaft angenommen im 2019 und festgehalten, man höre, Verkehrssicherheit ist gewährleistet. Kantonspolizei Basel-Landschaft hielt dies so fest. Man darf also auch davon ausgehen, auch hier haben wir keinen Handlungsbedarf, zumindest nicht aus Sicht des Gemeinderats. Aus diesen Gründen sind wir der Meinung, dass das Postulat nicht zu überweisen ist und beantrage das auch Ihnen.

Florian Spiegel, Präsident: Die Rednerliste ist somit eröffnet.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe mich kurzfristig entschieden, das Postulat zurück zu ziehen, weil ich mich nicht verstanden fühle und wenn ich mich nicht verstanden fühle, macht das auch keinen Sinn, diese Beispiele, die ich damals aufgeführt habe, waren aktuell brenzlige Beispiele. Was ich heute als Begründung nachgeliefert habe, ist eigentlich eine Situation, die sich für mich ergeben hat, durch weitere Kontakte mit schwierigen Verkehrssituationen in Allschwil und ich war selber überrascht, wie eigentlich die Sicherheit und das Wohlbefinden der Leute nicht gewährleistet ist. Aber wenn das so nicht verstanden wird, dann ziehe ich es zurück und bringe das neu, aber nicht mit Tempo 30.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Ueli. Verkehrsthemen sind bei uns immer sehr beliebt, weil man damit sehr Meinungen gewinnen kann, dass man etwas machen muss. Wir haben, da gehe ich davon aus, wirklich einen Gemeinderat, der sich diesem sehr annimmt. Wir haben eine Verwaltung, die sehr gut arbeitet. Wir haben auch nachgefragt beim Schulhaus, wie die Verkehrskonzepte aussehen. Haben wir alles geprüft. Wir haben eben gerade kürzlich ein Postulat von der SVP-Fraktion, das sehr breit gefächert ist, überwiesen. Ich glaube, diese Punkte könntest du eher dort einbringen, wenn es dann von der Kommission behandelt wurde. Sonst haben wir eines nach dem anderen. Wir haben ein breit gefächertes Postulat, das der Gemeinderat auch nicht überweisen wollte, wir haben es im Rat überwiesen, um es noch einmal anzubringen. Aber ich glaube, das Thema ist bereits dort deponiert im Prozess des Einwohnerrats. Bring es doch lieber dort rein. Wir müssen ja nicht dreifach, auf drei Spuren gleichzeitig fahren.

Florian Spiegel, Präsident: Der Postulant hat das Postulat wiederholt zurückgezogen. Somit ist das Traktandum 14 erledigt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 15

Postulat von Julia Gosteli, Grüne, vom 09.04.2019, betreffend
Beiträge zu Lärmschutzmassnahmen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4453

Florian Spiegel, Präsident: Das Wort hat zuerst die Antrag stellende Person, die ist nicht mehr im Einwohnerrat, deshalb jemand aus der Fraktion das Wort. Wem darf ich das Wort geben? In dem Fall Ueli Keller. Er sagt nichts. In diesem Fall hat das Wort, ich nehme an, wieder Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli und sie nickt.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich sage einmal geschätzter Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerrat für die nächsten Traktanden, die wir alle noch abarbeiten, weil die sind alle von mir. Dann können wir auch noch etwas Zeit gewinnen. Also. Der Gemeinderat ist bezüglich diesem Postulat der Meinung, dass es nicht überwiesen werden soll. Wir wollen kein Geld für Lärm, wir wollen effektiven Lärmschutz. Deshalb sind wir der Meinung, dass dieses Postulat nicht überwiesen werden sollte.

Florian Spiegel, Präsident: Die Rednerliste ist eröffnet.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Frau Gemeindepräsidentin, die nächste Sitzung machen wir zwei. Tschuldigung. Das Postulat ziehe ich nicht zurück, obwohl es nicht verstanden wird. Gut. Also. Zum Ersten, und da bin ich der Letzte, der sich nicht einsetzt, das wisst ihr alle, oder, dass der Fluglärm nicht weiter zunimmt und dass der Ausbau des Euro-Airports gestoppt wird. Und das andere ist, es wird nicht kein Fluglärm geben. Es wird weiterhin Fluglärm geben und Lärmschutzmassnahmen sind quasi eine Prävention für diesen Fluglärm, der bleiben wird. Ich erzähle nur eine Geschichte. Nur eine. Ich könnte viele Geschichten erzählen. Mir ist eine Frau begegnet, die mir erzählt hat, sie ist nach Allschwil gezogen. Es gefällt ihr hier und sie ist so disponiert mit ihrer Familie, dass sie nicht einfach weiterziehen kann. Ihre Kinder schlafen im Keller. Ihre Kinder können nicht schlafen im 1. Stock und erst recht nicht im 2. Stock. Sie haben das Kinderzimmer in den Keller verlegt, weil ihre Kinder nicht schlafen können. Lärmschutzfenster sind etwas, das in diesem Sinn diese Personen, die hier sind, vor dem Lärm schützen kann, das besteht und das bestehen bleiben wird. Das muss man einfach mal sehen und es geht nicht darum, dass das quasi plain pouvoir ist für den Euro-Airport weiter auszubauen. Übrigens, glaubt jemand hier, dass mehr Flugzeuge über Häisingen oder Hegenheim oder wo auch im Elsass fliegen, weil dort 10 Mio. Euro für Lärmschutz bezahlt werden? Glaub doch wirklich niemand. Es fliegen dort genau gleich viele oben durch. Das Dritte ist, was mir jetzt auch noch zu denken gibt, eine gewisse Ungerechtigkeit. Wer es sich leisten kann, der macht heute Dreifach-Verglasung. Das ist teuer. Wer es sich leisten kann, der macht Dreifach-Verglasung. Das ist ein privater Lärmschutz. Das finde ich ungerecht, dass jene, die sich das leisten können, den Lärmschutz haben, ihre Gesundheit fördern können. Ich habe das Lärmschutzfenster-Thema schon einmal gebracht mit dieser modernen Lösung, dass die Fenster auf und zu gehen, damit die Lüftung erhalten bleibt, weil jene, die sich diese 3-fach-Lärmschutzfenster leisten können, die haben auch eine Klimaanlage. Das ist doppelt blöd. Also packt das an, schaut mal, was das kostet oder was möglich ist und was auch gefragt ist und dann berichtet über das Ergebnis dieser Prüfung.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich setze mich sehr stark für Lärmproblematik ein, sei es für Strassenlärm, Fluglärm. Aber da muss ich jetzt 100 % dem Gemeinderat Recht geben. Für mich ist das eine Ablasshandlung. Ich bin nicht bereit, einen Cent oder einen Franken zu nehmen, das ist dann für einfach du tolerierst jetzt einfach das. Und das ist für mich einfach nicht der Sinn der Sache. Man soll den Lärm bei der Quelle bekämpfen. Wir unterstützen dich ganz klar, Ueli. Wir haben eine Resolution im Einwohnerrat abgegeben, was wir unterstützen. Es muss jetzt nicht jede Fraktion sagen Nachtflugsperrung. Wir haben das gemacht. Wir sind dran. Wir haben deine Postulate stehen lassen, was machen die Gespräche. Aber hier ist für mich der Zenit überschritten, das möchte ich nicht. Weil so verkaufe ich Allschwil. Da verheize ich unsere Bevölkerung und wie der Gemeinderat sagte, das ist nicht das Ziel der ganzen Sache. Wenn ich es mir leisten könnte, würde ich auch an der Rittergasse wohnen und hätte ein schönes Häuschen. Mit diesem Argument finde ich es schwierig. Natürlich nimmt der Fluglärm zu. Wenn man heutzutage nach Allschwil zieht, dann kann ich nicht innert einem halben Jahr sagen, es ist laut hier. Das Wissen ist vorhanden. Es wird von Jahr zu Jahr mehr. Das ist, was wir genau kritisieren. Es ist ein Ausbau und es wird lauter. Es sind vor allem die Nachtstunden, die plagen. Alles verständlich. Aber da muss ich dir sagen, kann die SP-Fraktion nicht folgen.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Uns geht es genauso. Wir haben die Resolution unterstützt. Wir haben die Petition unterstützt und hier geht es um eine Geldleistung, d.h. wir würden Fluglärm eigentlich akzeptieren mit Geld als Gegenleistung und das kommt für uns nicht in Frage.

Florian Spiegel, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. wir kommen zur Abstimmung.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich bilde mir ein, dass ich etwas vom Bauen verstehe, Ueli Keller, und du hast vorhin eine Aussage gemacht, die ich nicht einfach so stehen lassen kann. 1. Heute sind Dreifachverglasungen Standard. Man bekommt schon gar kein Angebot mehr für Zweifachverglasung. Der Preis einer Dreifachverglasung kann niemals Thema sein, wenn es darum geht, Lärm zu verhindern. 2. Du hast erwähnt, dass man Klimaanlage machen muss, weil man diese Fenster nicht mehr aufmachen kann. Jedes Lärmschutzfenster hat nur dann einen Wert, wenn man es geschlossen hält. Klimaanlage sind bewilligungspflichtig und werden in den allerseltensten Fällen wegen des Minergiestandards nicht mehr bewilligt im Kanton Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Diese zwei Aussagen wollte ich richtig stellen.

Florian Spiegel, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über das Traktandum, Geschäft 4453. Wer das Postulat betreffend Lärmschutzmassnahmen überweisen möchte, soll dies mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben das Postulat 4453 nicht überwiesen bei 4 Ja zu 25 Nein bei 2 Enthaltungen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 16

Postulat von Beatrice Stierli, CVP-Fraktion, vom 15.04.2019, betreffend
Zebrastreifen Oberwilerstrasse
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4456

Florian Spiegel, Präsident: Das Wort hat zuerst die Antrag stellende Person. Beatrice Stierli.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Es geht in diesem Postulat um eine Überquerung beim Wasserturm. Da hat es immer viele Fussgänger, es hat Schulklassen, es hat Familien. Die Bushaltestelle ist auf der anderen Seite des Naherholungsgebiets. Es hat zwar eine Mittelinsel, aber keinen eingezeichneten Zebrastreifen. Die Querung ist ein bisschen auf der Höhe, nicht wirklich gut einsichtbar und ich beobachte immer wieder dort, es gibt Autos, die halten, es gibt Autos, die nicht halten. Es gibt eine Art Unsicherheit und ich plädiere dafür, dass es dort einen Fussgängerstreifen und dann klar auch der Fussgänger auch Vortritt hat und somit die Sachlage für alle klar ist.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Also ich steige jetzt direkt ein, wie gesagt, um Zeit zu sparen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass man das Postulat nicht überweisen sollte, und zwar mit dem Argument, dass die Zuständigkeit für einen solchen Fussgängerstreifen nicht bei uns in der Gemeinde liegt, sondern beim Kanton. Die Verkehrsabteilung der Kantonspolizei Basel-Landschaft ist bereits angefragt worden betreffend eines solchen Fussgängerstreifens. Sie sagen, das würde für sie nicht möglich sein, weil es zu wenig Fussgängerfrequenz habe dort oben. Deshalb, wie gesagt, ist der Gemeinderat der Meinung, dass dieses Postulat nicht überwiesen werden sollte.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich habe einfach noch eine kleine Frage. Ich glaube, es ist allen bewusst, dass es eine Kantonsstrasse ist. Wieso, ich meine, wir haben Felix Keller, adäquater Landrat von der CVP, dort Fraktionspräsident. An jeder Landratssitzung findet eine Fragestunde hat, das wäre eine Frage, es gäbe eine Antwort. Hat man diesen Weg eingeschlagen, wenn nicht wieso nicht? Dann hätte man das innerhalb von zwei Wochen geklärt. Wenn man dann nicht einverstanden gewesen wäre, hätte man dann noch einmal reagieren können. Das ist meine Frage, wurde das gemacht oder nicht?

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich glaube das hat auch einen Sinn, weshalb es dort keinen Zebrastreifen vorhanden ist. Um ganz klar zu signalisieren, dass der Fussgänger eben kein Vortritt hat. Wenn jemand dort anhält, dann hält er sich nicht an die Verkehrsregeln, eigentlich. Ausserdem sind wir dort in einer 60er-Zone und daher gehört auch kein Zebrastreifen hin. Das ist extra so signalisiert. Dankeschön.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kollegen und Kolleginnen. Auch die FDP-Fraktion ist grossmehrheitlich eigentlich für eine Nichtentgegennahme. Wir haben auch hier eigentlich eben eine Verkehrsfrequenz, die nicht gegeben ist. Es wären Fussgängerstreifen eigentlich eher ein

Hindernis sondern nicht eigentlich eine Förderung dieser Situation. Wenn man dann eben diesen Vortritt eigentlich, wir wissen auch wie Fussgänger zum Teil ihn erzwingen kann und das ist natürlich nicht im Sinne, wenn das so wäre, dort oben. Diesbezüglich wollen wir aber auch noch darauf hinweisen, dass man eigentlich über die ganze Thematik vor vier Jahren beim Bau der Bushaltestelle eigentlich auch schon darüber diskutiert haben, dort einen Fussgängerstreifen zu machen. Auch dazumal hat eigentlich schon der Kanton begründet, dass das dort an dieser Stelle nicht machbar ist und es keine Markierung gibt.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Aufgrund dieser Erklärung ziehen wir das Postulat zurück.

Florian Spiegel, Präsident: Herzlichen Dank. Frau Stierli hat das Postulat zurückgezogen. Somit ist das Traktandum 16 erledigt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 17

Postulat von Claudia Sigel, CVP-Fraktion, vom 07.05.2019, betreffend
Silvesterfeuerwerk – zeitliche und örtliche Begrenzung
Teilrevision des Polizeireglementes der Einwohnergemeinde Allschwil (§29)
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4463

Florian Spiegel, Präsident: Das Wort hat zuerst die Antrag stellende Person. Claudia Sigel.

Claudia Sigel, CVP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende. Ich bin schon gerügt worden und ich muss zugeben, Asche auf mein Haupt. Ein Teil meines Postulats ist in dieser Form gar nicht erst möglich. Dieser Antrag, man soll prüfen, ob man es das Polizeigesetz ändern kann, geht natürlich öffentlich rechtlich nicht in Form eines Postulats. CVP-Fraktion hat das schon intern besprochen und wir werden zu gegebener Zeit allenfalls in richtiger Form hier beim Einwohnerrat vorsprechen. Hingegen bleibe ich beim ersten Teil meines Postulats und möchte doch den Gemeinderat bitten, nachher kurz zu informieren, ob sie gedenken, am nächsten Silvester oder an der nächsten Silvesternacht allenfalls Einschränkungen zu machen in Form von Schilder oder Beschilderungen an öffentlichen Plätzen in dicht besiedeltem Wohngebiet. Wieso ich, oder wir wohnen in der Dorfzone in der Nähe des Schönenbuchsulhaus. Sehr viele mir Bekannte, auch Freunde wohnen ebenfalls nicht weit weg und uns ist es aufgefallen, dass in den letzten Jahren, und letztes Jahr ist es einfach, also vom 18 aufs 19 war es einfach ganz extrem. Sehr viel Feuerwerkskörper, nicht unbedingt schöne Feuerwerkskörper, einfach so Batterien, die nur noch knallen und keine Farben mehr zeigen, sehr sehr lang abgelassen werden. Also wir reden hier von einer Zeitspanne von vor 12 bis etwa nach 2 am Morgen. Einerseits ist es einfach auch, es ist der Lärm und es ist diesmal nicht der Fluglärm, es ist ein anderer Lärm in der Nacht. Zeitweise hatte man wirklich das Gefühl, da draussen ist Krieg, das hat so geknallt, was uns Menschen aber auch Haustieren, kann ich bezeugen, gestresst hat. Mir wurde mitgeteilt von Bauern und Bäuerinnen, nicht nur Schaggi Butz, der in der Dorfzone Tiere hat, diese waren die ganze Nacht gestresst. Mir wurde mitgeteilt, dass Auswärtige kamen, die das toll fanden, in der Schweiz Feuerwerk abzulassen, weil sie das bei sich nicht dürfen. Also Deutsche, die haben dann schön lang ihre Feuerwerkskörper abgelassen und andere Probleme sind auch noch, wenn man in so dicht besiedeltem Wohngebiet in der Dorfzone solche Feuerwerkskörper ablässt, ist auch eine gewisse Gefahr vorhanden, dass allenfalls ältere Scheunen oder ältere Fachwerkbauten Feuer fangen könnten. Ich stelle deshalb den Antrag, oder den Wunsch, an den Gemeinderat, uns doch heute zu erklären, was für Möglichkeiten es gibt, dass man in so dicht besiedelten Räumen auf öffentlichem Boden das Feuerwerk adäquat einschränken kann und allenfalls auch mit Tafeln anständig zu versehen, damit die Leute, die dort hingehen Feuerwerkskörper abzulassen, auch sehen können. Dankeschön vielmals.

Florian Spiegel, Präsident: Hat das Büro das richtig verstanden, Sie halten am Antrag fest, möchten ihn aber abändern.

Claudia Sigel, CVP-Fraktion: Sehr gut festgestellt. Dann müsste ich jetzt auch wieder von Hand schnell mit einem Stift....

Florian Spiegel, Präsident: Richtig, wunderbar. Herzlichen Dank.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Vielleicht wartest du noch schnell, Claudia, bevor du schreibst, was ich sage, wenn das noch nicht schon gehört hast. Vielleicht reicht dir das ja dann. Also, der Gemeinderat ist ebenso der Meinung, dass das Ablassen dieser Feuerwerkskörper insbesondere solche Batterien auf den Schularealen sicher nicht zweckmässig ist. Vor allem wenn man jetzt an den Schulhausplatz Schönenbuchstrasse denkt, das hast du auch angesprochen, da sieht der Gemeinderat absolut, dass das nicht wirklich der Ort ist, wo solche Batterien abgelassen werden sollten. Er sieht aber kein generelles Verbot zu diesen Zeiten, an denen man ja ablassen darf, eben Silvester oder 1. August, aber er eingesehen, dass man wenigstens die Benützungsordnung ändern sollte bei diesen Schularealen. Insbesondere Schulhaus Schönenbuchstrasse. Dass dort auf diesen Benützungsordnungen steht, dass das Ablassen von solchen Feuerwerkskörper nicht zulässig oder verboten ist. Das haben wir schon gemacht. Ich meine, die neuen sollten schon hängen, ich hoffe es sehr, also beschlossen ist das schon eine Zeitlang. Hängen noch nicht? Nein! Ach, so schnell ist man doch nicht. Jetzt habe ich immer gedacht, Sie seien so schnell. Nein. Aber beschlossen ist es. Wir haben ja auch noch etwas Zeit, es ist noch nicht Silvester, von daher. Das Nächste, was wir auch beschlossen haben, ist, dass wir dann jeweils über die Abteilung Kommunikation in den Tagen vorher im Allschwiler Wochenblatt einen Bericht schreiben lassen, dass man darauf hinweist, dass man an diesen Ort nichts in dieser Art ablassen soll. Wir hoffen sehr, dass wir damit, mit diesen beiden Massnahmen dies in den Griff bekommen. Darum sind wir auch der Meinung, dass man das Postulat nicht überweisen sollte.

Florian Spiegel, Präsident: Die Rednerliste ist eröffnet.

Christian Kellermann, CVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Dann habe ich gleich eine Gegenfrage. Auf den Schulhausplätzen wäre es nicht erlaubt, aber in der Landwirtschaftszone wäre es dann erlaubt? Das spricht, also, die Tiere werden nach wie vor gestresst sein. Ist das richtig?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Es ist natürlich so, dass wir nur über Areale, die der Gemeinde gehören, mit der Benützungsordnung eine Änderung in Kraft setzen könne. Wir können ja nicht in diesem Sinne über private Areal verbieten lassen. Sonst müssten wir über das Polizeireglement gehen. Dann müsste man das darin wieder vorsehen. Wir haben gesagt, das möchten wir eigentlich vorerst nicht antasten. Aber ich gebe dir Recht, Christian, die ganze Feuerwerksgeschichte ist für die Tiere eine ganz schwierige Angelegenheit. Das weiss ich selber. Ich habe selber einen Hund. Findet das alles nicht sehr lustig. Aber es ist eine Tatsache, dass es immer noch Leute gibt, die das lustig finden. Wir müssen irgend einen Weg finden, um aneinander vorbei zu kommen.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Es nützt dann halt viel, wenn man dann ein Schildchen ans Schulhaus klebt und dann gehen sie auf die Strasse raus und machen es dort wie in allen anderen Quartieren auch. Von daher ist das auch keine richtig gute Lösung. Ich habe eher das Gefühl, da fühlt sich jemand gestört, wenn es ein bisschen ballert. Den Abfall liegen lassen ist auch eher wieder ein gesellschaftliches Problem und nicht ein politisches. Wir von der SVP sind ganz klar gegen jegliche, unnötigen Einschränkungen und Verbote.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe eine Frage an die Postulantin. Weil ich relativ viel von Leuten angegangen werde, im Sinne von du bist doch Einwohnerrat, schau doch, dass das Feuerwerk aufhört. Was hat die Postulantin, was hat dich davon abgehalten, generell einfach ein Feuerwerksverbot im Postulat einzureichen?

Claudia Sigel, CVP-Fraktion: Eine sehr gute Frage. Ich hätte auch gerne knallhart alles verbieten wollen und durchziehen. Ich habe genug von diesem Geballere. Ich finde es birnenweich und eine Idiotie. Ich finde Vulkane wunderschön, viel toller und ideal für so was. Aber da könnte man lang darüber diskutieren. Letztendlich gebe ich ein Stück weit Henry Vogt Recht, dass ich sage, ja, zu viel Einschränkung am Mensch muss ja auch nicht sein. Es gibt tatsächlich Leute, die Freude haben, wenn irgend ein schöner Knallkörper sich in der Luft entwickelt zu schönen Farben. Es soll den Leuten auch nicht genommen werden. Es ist ja ok, wenn sie das für sich haben können, aber vielleicht einfach in einem anständigen Zeitraum. Vor 12 eine halbe Stunde bis eine halbe nach 12. Das Selbe am 1. August, damit es einfach nur auf den 1. August beschränkt ist und nicht auf zwei Tage vorher und zwei Tage nachher. Also ein Stück weit, leben und leben lassen. Obwohl in meinem Herzen ich dieser Meinung selbstverständlich folgen würde.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir haben vor ca. 2, 2 ½ Jahren das Polizeireglement beraten, anfangs 2017 war das. Und dort haben wir den Antrag gestellt, dass man das zeitlich begrenzt. Die grosse Mehrheit war der Meinung, dass es das nicht

braucht, dass man grenzenlos Feuerwerk sollte machen können. Ich staune nun schon ein wenig, der SVP muss man zugestehen, die sind wenigstens konsequent, die haben schon damals gesagt, dass sie keine Beschränkungen wollen. Ich bin ein bisschen verwirrt über diese Sprunghaftigkeit, die wir hier zeigen. Dankeschön.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Gemeinderat. Ich bin momentan ein bisschen zwischen Stuhl und Bank. Ich weiss nicht, über welchen Antrag wir jetzt diskutieren. Oder einfach über Feuerwerkproblematik, was ist der Sinn und Zweck. Zieht die CVP nun zurückziehen, etwas Neues bringen? Geht es an eine Kommission, soll es diese beraten? Sollen wir es überweisen? In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit, was machen wir?

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Auch wir von der FDP-Fraktion sind der Meinung, dass man das nicht entgegen nehmen soll, weil wir auch denken, dieses Verbot wäre nicht umsetzbar, weil man diese Lärmproblematik wird sich an einen anderen Ort verschieben und dann lärmt es dort. Was ich als ehemaliger Pyroman natürlich aber auch sagen darf, irgendwann kommt man in das Alter, in dem man einfach das Feuerwerk-Ablassen auch gar nicht mehr so toll findet und man dann von den knallenden zu den eher schönen Sachen wechselt. Also appelliere ich auch hier: es gibt doch auch immer wieder Wandel und Strukturen beim Menschen und man ändert seine Verhaltensweisen.

Florian Spiegel, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Ball liegt jetzt bei der CVP-Fraktion.

Claudia Sigel, CVP-Fraktion: Etienne, selbstverständlich. Ich finde die Reaktion des Gemeinderats super und es gibt keinen Grund, jetzt an diesem Postulat weiter festzuhalten. Wir sind gerne bereit dieses zurück zu ziehen.

Florian Spiegel, Präsident: Wunderbar. In diesem Fall ist dieses Postulat zurückgezogen. Traktandum 17 erledigt.

Ich danke herzlich allen Einwohnerräten fürs Durchhalten und wir sind doch ziemlich weit gekommen. Der Gemeindepräsidentin danke ich für die Vertretung von zehn Geschäften und wünsche somit allen schönen Abend und die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG 22.00 UHR